

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonton: Dresden
Nr. 1268, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Markt d. Arbeiter, Ange-
stellten u. Beamten, 100, Dresden,
Gebäude Krumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Drucker der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abendausgabe mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage "Leben",
ausserdem "Hoff und Heim" monatlich 1,80 M., zu-
sätzlich 40 M. Abonnement, halbjährlich 1,20 M., jährlich 2,40 M.,
Vorauszahlung, 84 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707.
Verlagszeitung vom früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Kompositionsspalte 25 Pf., die
40 mm breite Reklamenspalte 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M.,
abwärts Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzeigen, Zeichen, u.
Bielgebäude 20 Pf., netto, für Brieflieferungen 10 Pf., Einzelnum. 10 Pf.

Nr. 87

Dresden, Donnerstag, den 14. April 1932

43. Jahrgang

Hitlers Privatarmee verboten

Eine längst fällige Maßnahme - Die kapitalistische Presse für die braunen Garden

Berlin, 13. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärähnliche Organisationen der NSDAP sind heute durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die Verordnung

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazu gehörigen Zentren und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Probataster, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Jugendwehrcorps werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2

(1) Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zwecke der Organisation dienen, oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

(2) Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

Die Durchführung des Verbots

Der Reichsminister des Innern hat zur Durchführung vorstehender Verordnung des Reichspräsidenten folgende Bestimmungen erlassen:

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzbl. 1 S. 175) wird hiermit verordnet:

§ 1

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der in § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Ornamente oder ähnliche Einrichtungen aufgefunden werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Gegenstände nicht der Öffentlichkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungspflicht zu erteilen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Einvernehmen mit den Behörden der öffentlichen Sicherheit dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmaßnahme erlangen und für eine angemessene Übergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf Seite 105ff. der Dienstvorschrift für die SA aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärähnlichen Zwecken der Organisation dienen oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Fahnen, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerksstelligung des Nachrichten- und Meldeverkehrs, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmännchen- und Musikzüge, Helmdecken, Zelte.

Die Koffer der Zettl'scher geschlossen!

In Berlin wurden sofort nach der Bekanntgabe der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche 27 Koffer der SA polizeilich besetzt, durchsucht und dann geschlossen. Von der Polizeiaktion wurden auch etwa 250 Beschlagnahmungen der SA- und SS-Truppen

(3) Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3

(1) Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

(2) Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

(4) Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

erläßt. - Gleiche Maßnahmen kommen aus den anderen Städten des Reichs.

In Hamburg war das ganze Haus des SA-Heimes vor dem Eintreffen der Polizei unter Tränengas gesetzt worden. Den Beamten war es deshalb nicht möglich, in die verriegelten Räume zu gelangen. Man mußte dem Gas erst durch Einschlagen der Fenster einen Abzug verschaffen. Umfangreiches Material wurde beschlagnahmt. 20 Personen, darunter sieben Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und ein Reichstagsabgeordneter, wurden festgesetzt.

In anderen Städten fand man noch Uniformen und militärische Ausrüstungsgegenstände. In Darmstadt auch ein Flugzeug neben Waffen aller Art.

B. München, 13. April. (Eig. Drahtber.) Auf Anordnung der bayerischen Regierung hat die bayerische Landespolizei am Mittwochabend das Münchner Braune Haus besetzt. Die Straßen in der Umgebung der Hitler-Residenz wurden in großem Umfang abgesperrt. Die Polizei nahm eine Hausdurchsuchung vor, die bis in die Nacht hinein dauerte.

Das Verbot war vorher verraten worden!

Alles belastende Material beseitigt!

W. Sochum, 13. April. (Eig. Drahtber.) Im Bereich des Polizeipräsidiums Bochum wurden sofort nach der Bekanntgabe des SA- und SS-Verbotes, wie in anderen Städten des Ruhrgebietes, in über 100 SA- und SS-Stellen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Aktion blieb jedoch ohne Ergebnis, da alles Material bis auf das letzte Stück Papier bereits vorher beseitigt worden war.

Die Beseitigung sämtlicher Akten aus den SA- und SS-Beschlagnahmungen zeigt, daß die NSDAP von dem Verbot rechtzeitig unterrichtet worden ist. Tatsächlich soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität nach zuverlässigen Mitteilungen bereits am Dienstagabend im Braunes Haus in München im Wortlaut bekannt gegeben sein. Ein Beweis, daß

Gebot der Sicherheit

Wenn in den Massenversammlungen des Präsidentschaftswahlkampfes die Redner auf die Umtriebe der braunen Bürgerkriegsbanden zu sprechen kamen, dann scholl ihnen stets eine Massenstimme entgegen: „So etwas gehört verboten!“ Die republikanisch-demokratische Bevölkerung Deutschlands war längst der Meinung, daß der Staat gegenüber diesen Banden zu viel Geduld zeigte, und daß, wenn der Rotfrontkämpferbund verboten werden konnte, eine faschistische Armee dieser Art nicht gebildet werden durfte. Die schon traditionelle Langmut republikanischer Behörden gegenüber den braunen Gewalttätigen hat bei den Führern dieser Privatarmee das Gefühl erzeugt, daß sie der verfassungsmäßigen Staatsgewalt gegenüberzutreten könnten wie Macht zu Macht, politische Organisation gegen Staatsorganisation, Privatarmee gegen Staatsheer. Dieser Zustand bedeutete eine Gefährdung der Staatsautorität und des inneren Friedens. Er mußte auf die Dauer Herrschaft über die Rechtsstaatlichkeit und Anarchie im Gefolge haben.

Wäre dieser Zustand länger gebildet worden, so wären entsprechende Gegengründungen gegen die Privatarmee des Herrn Hitler kaum zu vermeiden gewesen! Die politischen Kräfte, gegen die die Privatarmee des Herrn Hitler sich in erster Linie feindselig wandte, haben bisher von solchen Gegengründungen abgesehen. Organisationen, wie beispielsweise das Reichsbanner, können in keiner Weise auf eine Stufe mit der Armee Hitlers gestellt werden. Sie haben weder ein Offizierskorps noch Kasernen, noch eine unbedingte Befehlsgebundenheit, keine Waffen und kein militärisches Gerät wie die militärischen Formationen des Herrn Hitler. Die SA und die SS, jedoch besitzen ein geschlossenes Offizierskorps, Kasernen und Feldzeugmeistereien, Waffen und Feldgerät. Das Reichsbanner hat keine Kompanien, Bataillone, Regimenter, Divisionen und Armeekorps wie die braune Armee des Herrn Hitler. Es schießt nicht mit Maschinengewehren und blinkt nicht mit Feldgerät, es sucht keine Leute, die mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind.

Die NSDAP, jedoch hat sich einen regelrechten Militärapparat und eine Armee neben der Partei geschaffen. Wäre dies gebildet worden, so wären andere große Parteien ähnlich verfahren. So hätten sich in kurzer Frist in Deutschland mehrere Privatarmeen gegenüber gestanden. Ein Landknechtentumwesen schlimmster Art hätte das Volk zerrissen und die staatliche Ordnung verwildert.

Die Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler war notwendig, um im Rahmen der Verfassung die Gleichberechtigung aller anderen Parteien gegenüber der NSDAP sicherzustellen. Beim Verbot der SA handelt es sich nicht um eine Einschränkung legaler Beteiligung und Werbekraft der NSDAP. Große politische Parteien, wie diese Partei es ist, möge sie auch noch so sehr auf geistlicher Verwirrung und Verwilderung des politischen Denkens beruhen, müssen mit geistigen Gegenmitteln bekämpft werden, das ist der Sinn der Demokratie. Aber der Sinn der Demokratie ist es auch, daß die Gewaltmittel, die diese Partei sich zugelegt hat, zerklüftet werden, daß ihr die Möglichkeit genommen wird, mit Gewalt und mit Annäherung militärischer und polizeilicher Gewalt die Bevölkerung und andere Parteien zu terrorisieren! Die Verordnung des Reichspräsidenten ist daher keine Unterdrückungsmaßnahme, sondern Schutz vor Unterdrückung der Bevölkerung durch eine Privatarmee. Sie ist eine Befreiung vom Terror der braunen Gewalttätigen.

Für die republikanische Bevölkerung mancher Gebiete im Reich, so namentlich in Braunschweig, bedeutet die Verordnung geradezu eine Befreiung von unerträglich gewordenem Terror und die Wiederherstellung geordneter

die höchsten Ämterstellen nicht frei von verräterischen Kandidaten sind. Von dem Geld der Republik werden diese Subjekte bezahlt. Ihre Dignität aber leisten sie in erster Linie den Scharlatanen und Demagogen um Hitler, weil sie glauben, etwas Tages durch diese Gesellschaft besondere Karriere machen zu können.

Der Witz der Rotverordnung des Reichspräsidenten an das Braunes Haus in München ist ein neuer, treffender Beweis dafür, daß es mit der Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Nazibürokratismus nunmehr ebenfalls endlich ein Ende haben muß.

Rechtszustände. In diesen Gegenden wird man aufpassen, aber das Reich wird auch darüber wachen müssen, daß die Verordnung durchgeführt wird!

Welche Wirkung das Verbot auf die NSDAP selbst haben wird, ist eine innere Angelegenheit dieser Partei. Der Erlaß der Verordnung ist der NSDAP wie der SA seit Tagen bekannt. Man hört, daß in der braunen Armee bereits heftige Verwünschungen gegen den Osaß Hitler ausgesprochen werden, daß man ihn des Verrats beschuldigt und ihm vorwirft, seinen Widerstand gegen das Verbot geleistet zu haben. Die Landsknechte rebellieren gegen den, der sie gerufen hat, der sie mit geschwollenen Erklärungen gerüstet hat, weil im Augenblick, wo der Staat seine Autorität verliert, die geschwollenen Phrasen zerplatzen. Diese Rebellion der Landsknechte ist für den Landsknechtsführer verdamntes Geschick.

Bayern atmet auf!

München, 13. April. (Eig. Drahtf.) Das Verbot der SA und SS wird in Bayern mit der größten Genugtuung begrüßt. Das offizielle Organ der bayerischen Regierung, die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, schreibt dazu:

Das Verbot und die Auflösung der nationalsozialistischen Parteiarmee im ganzen Reichsgebiet durch die Reichsgewalt war ein zwingendes Gebot der staatlichen Selbstbehaltung. Nichts haben die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln mit ihrer ausgeprochen militärischen Organisation und Wiederholung eines Charakters angenommen, der sich mit dem Wesen eines Ordnung- und Rechtsstaates unvereinbar verhält. Die Handhabe zu einem Eingreifen

war also in grundsätzlicher Beziehung schon längst gegeben, und es hätte der Verfassungskommission der letzten Zeit wahrlich nicht erst bedürft, die die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu ihrem letzten Entschluß bewogen haben. Wenn es handelt sich um die militärische Organisation einer Partei, die nach einer Verfestigung der bestehenden Staatsordnung trachtet und deshalb als revolutionär und staatsfeindlich anzusprechen ist. Die rein faktischen Bedürfnissen entsprechenden Legalitätsbeteuerungen des obersten Führers der SA und SS können an dieser Tatsache nichts ändern."

Eine Pflicht der Objektivität...

Das Berliner Zentrumorgan, die Germania, schreibt zur Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler, u. a.:

Wenn jetzt die Auflösung dieser in ihrem Dasein und ihren Zielen illegalen Truppe der Nationalsozialistischen Partei durch einen besonderen Staatsakt verfügt ist, dann sind die Rechte zu diesem Vorgehen für eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung von so zwingender Natur, daß niemand den Versuch machen sollte, sie zu mißdeuten. Vor diesem Versuch sollten sich vor allem diejenigen Kreise der Rechten hüten, die sonst in allen Fragen der staatlichen Autorität nicht nur ein sehr scharfes Urteil, sondern auch eine ehrliche Empfindlichkeit gezeigt haben. Gerade für sie sollten gewisse Grundzüge der staatlichen Autorität, die das Allgemeinwohl aller Kulturstaaten sind, auch dann Geltung behalten, wenn ihre Verletzung von einer Seite erfolgt, der sie sonst parteipolitisch und ideenmäßig enger verbunden sind. Das scheint uns eine Pflicht der Objektivität zu sein, die man am allerwenigsten dann aufgeben sollte, wenn es sich um eine vom nackten Staatsinteresse diktierte reinliche Scheidung zwischen der legitimen staatlichen Gewalt und illegitimen privaten Machtbestrebungen handelt."

wichtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftskrise mit tatkräftigen Mitteln eingreifen; wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Voraussetzung für das Gelingen der Rettungaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Partei mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist jetzt entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Mitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Meinungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Über allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung."

Die kommunistische Heberläuferei

Die kommunistische Presse besitzt die Stirn, das Heberlaufen von braunschweigischen KPD-Funktionären zu den Nazis zu "dementieren". Dazu bemerkt der sozialdemokratische Braunschweiger "Volksfreund":

Das Zentralorgan der Thälmannler glaubte bisher den schlechten Eindruck der tatsächlich erfolgten Desertion aus den Reihen der KPD, verwischen zu können. Demgegenüber stellen wir fest: In Schöningen sind 10 bisher aktive kommunistische Funktionäre zu den Nazis übergetreten. Es handelt sich um aktive Kommunisten, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gebrüllt haben: "Hitler verredet! Heute hat sie bei der Schöninger SA, von der sie eingekleidet und mit ihren Familien verpflegt wurden sind. In Blankenburg/Datz haben sich, nach einer Werbung der dortigen Nazi-Partei, 12 kommunistische Funktionäre und Mitglieder zur NSDAP angemeldet. Ein Teil ist bereits in der letzten Mitgliederversammlung der Nazis präsentiert worden. Unter denen, die sich zur Anmeldung bereitfinden, befindet sich auch ein prominenter, von der KPD gemehrter Funktionär, der auf Geheiß der Nazis erst einmal ein Jahr Sauerzettel durchmachen soll. Achtliche Jerschfahrungen der KPD sind aus Langelsheim, aus Schöppenstedt und aus Wolfenbüttel gemeldet. Wir werden allen diesen Dingen genau nachgehen und den Beweis antreten, daß die KPD, von heute nur noch eine Berrucht des Faschismus ist."

Die Verräterei der Thälmannler geht so weit, daß das offizielle kommunistische Blättchen in der gestrigen Nummer der republikanischen Aktion, die gegen Hitlers Privatarmee eingeleitet wurde, in den Rücken fällt. Das Blättchen meint: "Severing will die SA verbieten, um seiner Partei einen Laubhaufen zu geben..." Man würt richtig die Sorge der "Arbeiterstimme" um das Wohlergehen der benachbarten Putzpartei.

Die Begründung des SA-Verbots

Die Reichsregierung begründet das Verbot von Hitlers Privatarmee wie folgt:

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in kleinste Details den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen

ein Privatheer dar, ein Parteicheer,

wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit internen militärischen Unternehmungen in Aktionsgruppen geübt, die wie militärische oder politische Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen und Teile der Bevölkerung unter dem Druck eines Zwanges stellen. Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate

bildet, ist eine Quelle steter Brandstiftung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist aus schließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung.

Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei fordern muß, verlieren. — Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen

Legalitätserklärungen

abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetz-mäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf.

Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein.

Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinziehen würde. Die Führer dieser Privatarmee müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Befehlsbefehl zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Wachtmitteln des Staates in Konflikt bringen. — Davon abgesehen, waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende

Ordnungswidrigkeiten und Uebergreife

festzustellen. Tiefs haben große Verunruhigung in weiteste Volksteile getragen. Vollzeitliche und gerichtliche Stellen sind mit der

Die Wahlbombe

In einer Scheidemann-Verammlung in Ludwigburg brachten die Nazis eine Bombe zur Explosion.



Die Nazi-Legalität ist auch in diesem Wahlkampf auf schwerverfäher Höhe!

Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren drängt aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspricht einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsregierung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen,

es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Wachtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser erste Gesichtspunkt verdient in der gegen-

Beschränktheit oder Böswilligkeit?

Krokodilstränen Dresdner Kapitalisten-Blätter

Als feinerzeit der Rotfrontkämpferbund verboten wurde, nahm die kapitalistische Presse das mit größter Beugung hin. Nur die Sozialdemokratie wies auf die Einseitigkeit dieses Vorgehens hin und machte geltend, daß auch andere terroristische Kämpforganisationen in Deutschland bestünden, die mit gleichem Maße gemessen werden müßten. Damit vergleiche man das Geschick, das in der Presse der bürgerlichen Rechten wegen des Verbotes der Hitlerschen Privatarmee angestimmt wird. Wir wollen hier nur auf zwei solche Dresdner Stimmen eingehen.

Den Augenblicken Dresdner Nachrichten erscheint der Verstoß der Reichsregierung "unfassbar". Das Blatt rebet von den "feilich vertriebenen Grundrechten der Weimarer Verfassung" und scheint unter dieser Grundrechte zu verstehen, daß Hunderttausende organisierter, bewaffneter, kriegsbereit ausgerüsteter Menschen mit Eisernen Bortionen für zwei Tage sich gegen den Staat nachlässigerweise aufstellen und auf die Lauer legen dürfen, wie das am 13. März die Hitlerschen SA und SS verübten. Das Blatt beschwert sich über die "gewalttätige Unterdrückung der Nationalsozialistischen Partei". Wo ist denn eine Partei unterdrückt worden? Die Nazis können nach wie vor Versammlungen abhalten wie andere, sie können in Zeitungen schreiben wie andere und gegen den Staat und seine Vertreter wettern wie andere. Den Dresdner Nachrichten müßten die Behörden auf irgendeine besondere Weise klarlegen, daß die NSDAP, tatsächlich noch existiert, daß sie noch in den Parlamenten sitzen kann — wenn sie nicht vorzieht, aus Angst vor den Konsequenzen der parlamentarischen Arbeit die Flucht zu ergreifen! — daß sie noch Listen aufstellen, Wahlversammlungen abhalten, blutdürstige Reden loslassen und parteimäßig Gelder von Industriellen annehmen kann. Andere Leser und der größte Teil der deutschen Bevölkerung wissen das und glauben das, aber wie bringt man solche Tatsachen einem Blatte bei, das den obigen Unsinn schreiben kann? Hier dämmern die Grenzen der menschlichen Sprache.

Da loben wir uns das Dresdner Ratsblatt. So leicht wie die Dresdner Nachrichten mocht es sich in diesem Falle den Kampf gegen die Behörden nicht. Im Gegenteil, der Dresdner Anzeiger quält sich geradezu im Schwelme seines Angeichts, dem Staat zu geben, was des Staates ist, und doch das Verbot anzugreifen, um der SA zu beweisen, wie nationalsozialistisch das Herz des Dresdner Ratsblattes schlägt. Natürlich sei "das Nichtbestehen einer Privatarmee Selbstverständlichkeit", aber der Staat hätte hier früher etwas tun sollen. Der Anzeiger weiß zwar nicht genau, was zu tun war, aber sein Artikel orakelt munter drauflos:

Ein lateinisches Sprichwort fordert: principiis obsta (stell dich den Anfängen entgegen!). War hat aber einer an sich ungenunden Befehlsmacht ruhig ihre Entwicklung bis zu dem Tage gelassen, daß man sich nicht mehr anders als durch ein Verbot

zu helfen wußte. Früher waren diese Gebilde noch biegsam, in ihrer Entwicklung noch bestimmbar, trotzdem betrachtete man sie von Regierungs wegen als heißes Eisen und hütelte sich, davon zu rühren. Dieser Grundfehler hat sich gerächt. Während etwa der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm nur das äußere soldatenmäßige Bild beibehielten, innerlich aber zu festgefügten Ausdrucksformen des Hasses der Ordnung wurden, hat man die SA und SS sich selbst überlassen und ohne pflegliche Anteilnahme zugehört, wie sie auch innerlich das wurden, was man ihnen heute vorwirft, eine Art Privatarmee mit allen Eigenheiten eines solchen (wenn man von der Bewaffnung absteht).

Jawohl, der Staat hätte Unterrichtskurse für die SA-Leute einrichten sollen oder Vorlesungen dem vom Schreiber des Artikels, Wilhelm Frölich, halten lassen über die Kunst, putzschöne, terroristische und christliche Gesinnung nach außen hin miteinander in Einklang zu bringen. Nachdem der Anzeiger den Jungdeutschen Orden und den Stahlhelm mit einigen Worten aus der Gefahrenzone gerettet hat, läßt er dann die Nase aus dem Sack: das Reichsbanner soll auch weg. Es heißt da:

Tagegen wäre anzumerken, daß die nach allen Seiten gleiches Maß anwendende Einstellung der Reichsregierung scheinbar doch an der Organisation des Reichsbanners vorbeisicht. Es kann sich hier nicht darum handeln, SA und Reichsbanner gegeneinander abzuwiegen. Vor dem reinen Staatsgedanken darf kein parteipolitisch ähnliches Gebilde bestehen, wie immer es sich an der Verfassung stellen mag. Gerade an diesem Punkte dürfte der Berechtigtesten des Volkes eine Rüge bemerken, die sich vor seinem Denken nicht schließen will.

Tiefe "Näse im Denken" schließt sich nur bei Leuten nicht, die den Unterschied zwischen Reichsbanner und Hitlers-Prätorianergarden nicht sehen wollen. Dem Reichsbanner fehlt alles das, was die SA und SS, zur Privatarmee stampelt: die Vereidigung auf den Führer, die Bewaffnung, die Kasernierung, die sonstige Ausrüstung usw. Das Reichsbanner hat auch noch keine Wurdulisten anzuführen lassen, hat sich noch nie in einer Wahl- oder sonstigen Ratsversammlung noch nie entsprechend günstigem Resultat als neue Macht in die Zentren des öffentlichen Lebens einzumarschieren. Wer diese Unterschiede nicht sehen will, ist entweder beschränkt oder böswillig. Geschwätzige Krokodilstränen ändern daran nichts.

Nur in einem stimmen wir dem Dresdner Ratsblatt bei: Es ist allerdings manches versucht worden, vor allem durch die bürgerliche Presse vom Schlage des Dresdner Anzeigers. Niemand, der es mit dem Volke ernst meint, kann an den Zeichen der Demoralisation vorbeigehen, die sich am Führerkörper der NSDAP zeigen. Jeder Monat führt das Parteimaterial früher, Landesvertreter, Spione auswärtiger Mächte haben in dieser Partei ihr Wesen getrieben; Herr Hitler darf erklären, daß

Donnerstag... keine Anhäng... werden, wenn... in Deutschland... dieser Ver... freudstrolche... art übertrage... mäßig das... Gätter wie... Aus T... Als am... Republik zur... weidung für... ange die in... tralle Deutsch... entlich die... soll ist. Dre... in der scheid... die gigantisch... die haben... nger Verbinde... München sehe... deutsche Natio... schen Randgeb... angungen aus... Zurechtwehre... säßig und mo... wut. Schreit w... ang, während... ihre größte... heide die Der... hste deutsche... schen Schwel... nicht zu lagen... Leider i... schschonwaff... der brutalsten... des Proletariat... Fokionette der... und ordinäre... Demokratie für... mien und A... tratische nach... blagung der... Aber im... schschonwaff... besser und der... henen Tagen I... Deutsche S... lei in Böhme... Jahre 1929 mi... schacht. Ste... Deutschen und... werden und... ihre seifsten... henden Maß... vteingewerbt... de Haltung de... nlicher Zeit, S... Hebel, sie sehe... alle zu tun, se... rüst zu wagen... positionen der... Die sich... ebenfalls in e... kommen mit de... 1929 in eine R... welen (das Pa... Lar... St... with, Le i... mitgeteilt wird... Versammlung... tagsabgeordnet... Beleidigungen... reifen lassen... vorzeitig auf d... Wüchlich auf d... da Verbun... legenheit unter... Staatsanw... instrumente de... Kapelle wurde... sammlung fam... ungskör... mußte. Bei d... Deime haben si... Gedrück... B. Münch... des B... Stimmung der... Das Verbot der... sprachen. Juno... heißt: Welt dem... tgenständlich... ihr zure Pflicht... durch unsere Pro... desgenossen zur... In einem... lung, daß man i... ausbreiten löst... und die Behör... Die Parte...

Notverordnung über die Arbeitszeit?

Stegerwalds Rede auf dem Krisenkongress der Gewerkschaften

D. Berlin, 13. April. (Fig. Funk.)

Nach dem Referat des Genossen Eggert nahm das Wort der Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Der Minister bemerkt einleitend, daß das Fernbleiben des Genossen Eggert keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress.

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Wir haben mit es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptziel für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Besserung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Doener-Freihandels abzuhaltenen Reparationskonferenz, ebenso die geistige Gesundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Reichswahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaft erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und in Amerika wird man damit erst für das Jahr 1933. (Mittels.)

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Platz in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2 1/2 Milliarden Mark konnte sich die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbefriedigt bleiben.

Darum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden loswerden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber diese Notverordnungen waren mir heute in einer Inflation, die gegenüber der von 1921 nur ein schwaches Beispiel war. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeits-

zeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Wankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiwertel Millionen Kontentinhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert ausgeführten Arbeitslosengeldleistungen erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. (Mittels.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeiten sehe, im Laufe des nächsten Jahres die deutsche Rentenversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbegehren ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Behahrung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerstand.) Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verstärkte Zieldienung, besonders für eine Verjüngung der häußlichen Voraussicht, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erhalte die Reichsregierung nachmalig Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle und, falls diese Besprechungen ergebnislos blieben, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Anzeichen notwendig (Deftiger Widerspruch der Delegierten.) Diese Anzeichen seien aber nicht das Signal für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles stehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

fehler gemacht. Ihre Deflationspolitik belastet die Massen so schwer wie eine Inflation. Der Minister sagte, der Lohnabbau habe kommen müssen, weil der Gehaltsabbau unvermeidbar gewesen sei. Das ist noch kein Beweis, daß nicht doch auch ein anderer Weg hätte beschritten werden können. Warum nicht rechtzeitig Arbeitszeitverkürzung statt Lohnabbau? Wir hätten dann wenigstens eine Auslöschung des Arbeitsmarktes erzielt. Auch die Vollpolitik der Regierung ist bestimmt kein Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten in der Lohnfrage. Wir glauben der Regierung gerne, daß auch sie sich um die Arbeitsbeschaffung kümmert. Es kommt aber darauf an, mit welcher Vordringlichkeit bei ihr die Arbeitsbeschaffungsfrage zur Förderung steht. Aus Angst vor Inflation darf nicht das unbedingt Notwendige unterbleiben. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Starker Beifall im Kongress und auf den Tribünen.)

Tarnow, der Vorsitzende des Dolzarbeiterverbandes, geht mit der Regierung scharf ins Gericht. Unsere Arbeitsbeschaffungsforderung, so führt er aus, beantwortet man vielfach mit dem Bemerkens, Arbeitsbeschaffung sei doch selbstverständlich, und der Minister sagt, die Regierung werde alles tun, was möglich sei. Doffen wir, daß der Minister damit sagen wollte, daß die Regierung künftig mehr tun will, als sie bisher in der Arbeitsbeschaffung getan hat, denn sonst würde das Wort des Ministers nicht viel bedeuten. Allen Anschein nach gibt es in der Regierung bestimmte Kreise, die der Arbeitsbeschaffung sehr feind gegenüber stehen.

Arbeitsbeschaffung ist unbedingt notwendig; denn die Automatik der Krisenüberwindung in der kapitalistischen Wirtschaft ist unterbrochen. Das Bekenntnis gegen Inflation ist noch lange keine Aktivität in der Arbeitsbeschaffung. Genuß gibt es kein Generalrezept, aber es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffung und für deren Finanzierung. Die Regierung mußte sich wohl überlegen, ob sie in die Wirtschaft einschließen, und es werden noch viel stärkere Eingriffe notwendig sein, wenn die Not bezwungen werden soll. Für und ist die Arbeitsbeschaffung nicht nur ein Notbehelf, sondern auch ein Anfang, um aus dem Elend des kapitalistischen Systems herauszukommen.

Der sozialpolitische Sekretär des ADGB, Franz Spließ, erinnerte die Regierung daran, daß der Umbau der Eisenbahn und der Mobilität in eine Reichserwerbslosenfürsorge noch immer nicht vorgenommen sei. Die Zeit dränge, denn viele Gemeinden seien am Ende ihrer Kraft.

Die Debatte, an der sich noch Thieme vom Fabrikarbeiterverband, Quallow, Bezirkssekretär von Ostpreußen, Schaffel vom Einheitsverband der Eisenbahner und Arbeiter vom Landarbeiterverband mit anschließenden Beiträgen zur Arbeitsbeschaffungsfrage beteiligten, wurde von Eggert mit einem scharfen Appell an die Regierung abgeschlossen.

Das Maß ist voll!

So rief Eggert der Regierung zu. Die Gewerkschaften übertreiben nicht gerne. Wenn sie jetzt angesichts der steigenden Not erklären, daß das Maß voll ist, dann muß das für die Regierung eine ernste Mahnung sein. Wir werden von neuem bei der Regierung vorstellig werden und unsere Forderungen von neuem eingehend begründen. Unsere Entscheidung zur Arbeitsbeschaffung bedeutet einen Auftrag an den Bundesvorstand, mit neuer Kraft und ohne Unterlaß den Kampf um die Arbeitsbeschaffung weiterzuführen.

Die Entscheidung zur Arbeitsbeschaffungsfrage wurde vom Kongress einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schumann, schloß den Kongress mit dem Hinweis, daß der Kampf um Preußen nicht zuletzt auch ein Kampf um die Arbeit sei. Nur eine Hebung der Wirtschaft und vor allem des Volkseinkommens schaffe die Gewähr, daß die Gewerkschaften den Kampf um Brot siegreich zu Ende führen.

Die Not in Sachsen

Arndt, Dresden, schildert überaus anschaulich die furchtbare Not unter der Industriearbeiterschaft Sachsens. Ganze Landstriche, wo kaum 10 Prozent Beschäftigte zu finden sind! Kistenhafte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit! Kein Wunder, daß der Radikalismus sich immer mehr breitmachen kann. Der Minister betonte Arndt, sprach von der Hemmung der Arbeitsbeschaffung durch die politische Unruhe. Umgekehrt kann aber auch die Arbeitsbeschaffung diese politische Unruhe sehr stark beeinflussen: je mehr Arbeit, desto weniger Unruhe! (Sehr richtig!) Die Verwerfung ist es, die den Kranken schließlich zum Sturzpunkt treibt, wenn er sieht, daß der Arzt sich nicht um ihn kümmert. (Sehr richtig!) Genuß gibt es Ursachen der Not, an denen wir wenig ändern können, die Regierung hat aber auch

stischen Bundes Schwierigkeiten entstanden seien, erscheint uns etwas künzlich.

Wir verlernen nicht die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, aber doch innerhalb der Grenzen des Möglichen kann etwas getan werden. Dieser Kongress muß der Anfang einer Bewegung sein, die endlich einmal zu einer Besserung der Dinge führt, und in dieser Bewegung ist die öffentliche Wirtschaft eine große Aufgabe. Große Auftragsbestände gilt es für Kurzeiten aufzulösen, und ebenso müssen Kapitalreflexen für solche Zeiten angestimmt werden. Aufgabe des Kongresses muß es sein, auch hierfür einen Weg zu zeigen, um künftig solchen Notständen, wie wir sie jetzt erleben, vorzubeugen.

Es muß gebaut werden!

Die Aussprache wurde eröffnet durch Bernbard, den Vorsitzenden des Deutschen Bauernbundes. Er gab ein erschütterndes Bild von dem zusammengebrochenen Baumarzt: 30 Prozent der organisierten Bauarbeiter sind arbeitslos. Für Arbeitsbeschaffung der Bauarbeiter empfiehlt Bernbard vor allem die Bereiche: Kleinwohnungsbau, Altwohnungsreparatur und Straßenbau. Man sagt, in den Wohnungsbau sei viel Geld hineingesteckt worden. Kein Wort davon ist wahr. Jedenfalls haben die Bauarbeiter nicht zureichend bekommen. Die Bauarbeiterlöhne sind an den teuren Materialien nicht schuld. Die Bauarbeiter tragen sich, wie tief man von ihren Löhnen eigentlich noch senken wolle, was bereits zwei Drittel von dem Lohn eigentlich noch senken wolle, wenn sie Arbeit haben, und das alles trotz Wandarbeit, Scharnarbeit, harte Arbeit usw. Soll denn das alles unberücksichtigt bleiben? Das Reichsarbeitsministerium treibt aber gegenüber den Bauarbeitern zu neuem Lohnabbau.

Mit Lohnabbau, Herr Reichsarbeitsminister, werden Sie die Wirtschaft bestimmt nicht ankurbeln!

Die Bauarbeiter stehen im Lohn bei 1925 und nicht bei 1927. Herr Dr. Stegerwald, Sie müssen endlich auch wieder einmal den Bauarbeitern in sich entdecken. (Starker Beifall.) Die Grenzen des Erträglichen sind überschritten. Der Sozialismus laßt auf den Notleidenden, nicht auf der Lohnsenkung, die allem Heberfuß macht man nun den Bauarbeitern auch noch den bereits empfindlichen Arbeitsdienst das Leben schwer. Dieser Dienst hat bereits empfindlich den freien Markt. Mit ihm schafft man eine neue Arbeitslose, vor allem unter den Bauarbeitern. Der Abbau der Hauszinssteuer in einem Zeitpunkt, wo man jeden Pfennig Steuer festhält, ist unbearbeitlich. Die Regierung hat sich viel zu sehr von politischen Ermägungen leiten. Sie will die Wirtschaftspolitik nicht weichen. Und nun kommen auch noch Sozialpolitik, die nachweisen wollen, daß in den Städten mehr gebaut zu werden braucht. Eine geringe Wanderung ins Land ist zu vermeiden. Aber sie ist noch lange kein Argument für eine Einstellung des Kleinwohnungsbaus in den Städten. Was hat heute an der Peripherie der Großstädte tut, sieht ganz danach aus, als ob die Dreierwelt nach dem Muster der Wallanlagen die entfallen sollen. Die armen Teufel ziehen hinaus in die Vorposten und in die Vorpostenwohnungen, und draußen auf dem flachen Land ist das Wohnungsland sozial und hygienisch noch schlimmer als in der Großstadt. Das Reichsministerium sieht auf dem Papier. Niemand zwingt den Hausbesitz, daß die ihm zur Verfügung gestellten Mittel für die notwendigen Reparaturen Verwendung finden. Und sie sind wirklich notwendig, diese Reparaturen; denn im Rahmen der Altbauerei sieht es noch schlimmer aus als in den Vorposten. Der Straßenbau ist ebenfalls alles andere als Luxus. Jeder Straßeneinfall schafft Verkehrsbehinderungen und Unfallfälle. Heute sind ganze Straßenzüge bereits zerstört. Beim Straßeneinfall könnte ganz besonders gut deutsches Material verwendet werden. Es ist Notwendig, in Natursteingebieten die Kunststein Straßen zu bauen.

Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsnotwendigkeiten auf dem Baumarzt also in Höhe und Fülle. Wie lange will man noch warten, bis hier Hilfe zu schaffen? (Starker Beifall.)

Mehr vom Metallarbeiterverband fordert mit besonderem Nachdruck, daß die Regierung endlich aus ihrer Passivität herausgehe und zu einer aktiven Konjunkturpolitik schreite. Gegenüber dem System der Systemlosigkeit müsse die Arbeitsbeschaffung einen planmäßigen Umbau der Wirtschaft herbeiführen.

Schmidt vom Bergarbeiterverband begründete an erster Stelle die Forderung der Bergarbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit. Sie allein könne gegenüber der durch Erhöhungen, Währungsänderungen und Konzentrationen geschaffenen unerträglichen Not der Bergarbeiter Hilfe bringen. Schon jetzt über müsse durch Verkürzung der Arbeitszeit und der Währungsänderung eine sofortige Milderung der Not herbeigeführt werden.

Zengerloff vom Gesamtverband bemerkt zu der Feststellung des Reichsministers, daß gegenüber dem Verhältnis der Not zu den Arbeitslosen noch unheimlicher sei als 1927. Und über diese Feststellung nicht; denn der schematische Eingriff der Notverordnung in den Lohn mußte naturgemäß neue Ungerechtigkeiten schaffen. Diese neuen Ungerechtigkeiten kann man nun aber nicht durch neuen Lohnabbau, d. h. durch neues Unrecht, aus der Welt schaffen. Auch der Erklärungsvorschlag des Ministers, daß in der Frage der Vierzigstundennote infolge des Sturzes des eng-

Entschiebung des Kongresses

Der Krisenkongress der freien Gewerkschaften schloß am Mittwoch seine Beratungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung mit der Annahme folgender Entschliebung:

Sofortige Arbeitsbeschaffung!

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Auswand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privatanträge zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von denen Kosten aufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwassererschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Tariflohn sichern!

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Hebung

gesteigert werden. Alle noch aufreißbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstühtungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Arbeitsbeschaffungsanleihe

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulative Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralkommission zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Vierzigstundennote!

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere zeitliche Beschränkung der wirtsch-

Gerechtigkeit für die Konsumvereine Ein Unrecht ist wiedergutzumachen

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und der Reichsverband Deutscher Konsumvereine haben bei der Reichsregierung einen gemeinsamen Antrag gestellt, die den Konsumgenossenschaften zu Unrecht auferlegte Sonderumlagesteuer in Höhe von 1/2 Prozent zur Umkehrung der Krisenschäden bei solchen Konsumgenossenschaften zu verwenden, an denen die Wirtschaftsgerrüttung nicht spurlos vorübergegangen ist. Daß die Sonderumlagesteuer ein Unrecht und ein Hindernis gegen die Verbraucherorganisationen ist, braucht nicht gesagt zu werden. Wenn das Reich die gegen Recht und Gerechtigkeit erhobene Sonderumlagesteuer nun den Konsumvereinen zur Verfügung stellt, ist das eine Anzeichen, die mit Subventionen nichts zu tun hat. Und doch wird der Schritt der Konsumgenossenschaften in der kapitalistischen, von der mittelständlichen Klasse so barmherzig, als so die Konsumvereine bei der Reichsregierung um Subventionen bitten zu sehen.

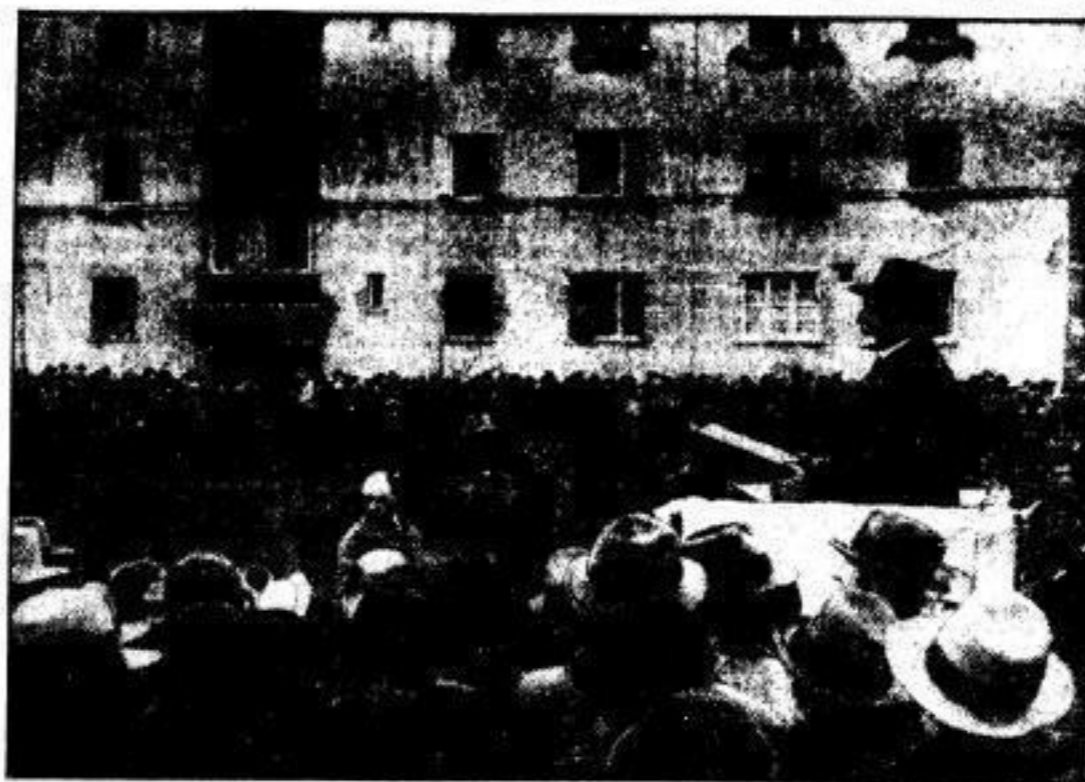
Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Gerade die Organisationen des Mittelstandes haben keine Verantwortung, aber Subventionen zu fordern. Alle Welt weiß, daß das Reich bei Tausenden und aber Tausenden von Mittelstandsunternehmen, zum Teil bei 100 Mittelstandsunternehmen, mit Subventionen hat umgehen müssen, um den Zusammenbruch zu verhindern. Hier sind rechtliche Subventionen gezahlt worden. Wenn man aber die Forderungen der Konsumgenossenschaften an die Reichsregierung ein „Schlag ins Gesicht des Mittelstandes“ sei, dann gibt es nur einen Grund: man will für die bevorstehenden Wahlen in Preußen, Bayern usw. Wahlvorbereitungen machen.

Zu der wenig laubigen Kampfmethode des Mittelstandes hat der Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine Darstellung, in der es heißt:

„Im allgemeinen lehnen die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes grundsätzlich jegliche Staatshilfe ab. In dem vorliegenden Fall handelt es sich auch nicht um eine der üblichen kapitalistischen Subventionen, sondern um eine rechtliche Subvention, die den Konsumvereinen ein Unrecht, das den Steuerzahlern schon überhöhten Konsumgenossenschaften durch die Aufhebung der erhöhten Umlagesteuer wiederfahren ist. Die Konsumgenossenschaften haben die ihnen nach ihrer Anschauung zu Unrecht auferlegte Sonderumlagesteuer in Höhe von etwa 10 bis 12 Millionen Mark vom Reich zurückgefordert, damit sie die Gefahren bannen können, die in einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches durch den Zusammenbruch der Wirtschaft im letzten Sommer durch die Konsumgenossenschaften im letzten Sommer bedroht worden sind. Doch der Aufhebung der Sonderumlagesteuer würde es nicht verschaffen werden, wenn die Konsumvereine die Konsumgenossenschaften mit einem anderen Maß belegen würde als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Wirtschaft. Die Konsumgenossenschaften sind wirtschaftliche Unternehmungen der mittelständlichen deutschen Volkswirtschaft, die heute am meisten unter der von ihnen nicht verschuldeten wirtschaftlichen Verelendung zu leiden haben. Diese Volkswirtschaften haben bisher nie etwas vom Staat, auch dann nicht, wenn die einzigen Wirtschaftsklassen die durch die Krise am meisten bedroht sind, die Arbeiter und die kleinen Kleinrentner, die die Rückzahlung der ihnen in einem an der Krise umfassen abgeforderten Steuerbeiträge beanspruchen. Die Reichsregierung wird für die Rückzahlung dieser Ansprüche eine zeitliche Verzögerung nicht geben können. Darum muß erwartet werden, daß sie ihren jetzt behandelten Antrag zur Wiedergutmachung“ auch gegenüber den Konsumgenossenschaften beweisen wird.“

Der Goethe-Hof in Wien

Oberbürgermeister Seig spricht bei der Eröffnung der neuen großen Wiener Wohnbauanlage, der der Name Goethe-Hof gegeben wurde.



Die Not in der Hutindustrie

Uns geht folgende Berichtigung zu:

Unter der Überschrift „Die Not in der Hutindustrie“ veröffentlichte Herr C. Seifert, Dresden, am 4. April 1932 in der Dresdner Volkszeitung Ausführungen über die Lohnverhältnisse in der Hutindustrie, die entstellende Behauptungen über die Verdienste der in der Dresdner Hutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen enthalten und dadurch in dem unheilvollen Geiste der Grundrass kritischer Zustände in diesen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft erwecken.

In Wirklichkeit gehören die in der Damenhutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu den bestbezahlten Arbeitern im ganzen Reichsgebiet. — Der geltende Reichs-Mindest- und Lohnsatz für die Hutindustrie weist Spitzenlöhne für männliche Arbeiter von 86 Pf. und für weibliche Arbeiterinnen von 92 Pf. pro Stunde auf. In diesen Stundenlöhnen kommt noch ein Aufschlag von 25 Prozent.

Auf dieser Grundlage sind Wochenverdienste bei den weiblichen Arbeiterinnen von 54 M. bis 60 M. keine Seltenheit, es werden aber auch Verdienste bis 80 M. pro Woche erzielt. Bei den männlichen Arbeiter werden Wochenverdienste zwischen 100 M. und 120 M. erzielt. Wo diese Verdienste mitunter nicht erzielt werden, ist entweder der Leistungsstand und andererseits die Leistungsfähigkeit und Geschicklichkeit der betreffenden Arbeiternehmer entscheidend.

Herr Seifert hat es ferner für notwendig gehalten, in seinem Artikel zwei Dresdner Firmen der Damenhutindustrie namentlich aufzuführen und unmittelbar an die Benennung dieser beiden Firmen den Satz zu knüpfen: „Löhne von 20 M. und 22 M. hält man für genügend.“ Hierdurch wird der Grundrass hervorgerufen, daß die bezeichneten Firmen derartige Verdiensthöhe für ausreißend halten oder gar bevorzugen. Dies ist tatsächlich unzutreffend. Wahre ist vielmehr, daß auch diese beiden Firmen sich in jeder Hinsicht nach dem geltenden Reichs-Mindest- und Lohnsatz richten und infolgedessen in diesen Betrieben derartige Verdienste erzielt werden sind.

Arbeitgeberverband der Hutindustrie, C. R.
Der Vorstand: Dr. Prems.

Die Organisation der Arbeiter wird auf diese Berichtigung die geträubte Antwort geben.

Freitag, den 15. April, abends 7.30 Uhr
im großen Saal des Reglerheims, Friedrichstraße 12,

Variété-Vorstellung

Eintrittsgeld 30 Pf. Karten sind bei sämtlichen Gewerkschaften sowie an der Kasse des Ortsausschusses des DGB, Schützenplatz 14, I, zu haben.
Allgem. Deut. Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

Eintrittsfrei, Sonnabend, den 16. April, abends 7.30 Uhr, im Heim, Große Wilsdrufferstraße 2, I., Lichtungsbau.

2. Bezirk, Unter-Olmabend heute Donnerstag 1932 aus.
Metallarbeiterjugend

1. Bezirk, Sonntag, den 17. April, Tagewanderung, Treffen 8 Uhr Sühndorfer Platz.

7. Bezirk, Sonntag, den 17. April, Tagewanderung, Sie suchen unteren neuen Habitus für den Sommer, Treffen 8 Uhr Sühndorfer Platz, Hufschmied 44 St. Pauslich sein!

Zentrale Veranstaltung, Sonntag, den 17. April, Befreiung des höchsten Mannes, Treffen vormittags 10.45 Uhr am Eingang des Bahnhofs, Elbberg 24.

Graphische Arbeiterjugend

Wochen-Treffen, den 15. April, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Hof, Hufschmied, Sühndorfer Platz, alle alten Freunde, jede Kollagen, jeder Kollagen und Kollagen willkommen!

Alle Republikaner und Sozialisten

gehen Sonntag, den 17. April, nicht zu dem faschistisch-kommunistischen Volksentscheid, der den Zweck hat, Sachsen völlig unter den Terror der Nationalsozialisten zu bringen und Regierung und Verwaltung den Hakenkreuzlern auszuliefern. Laßt Hakenkreuz und Sowjetstern allein.

Keiner gehe zum Abstimmungslokal!

Wer unter gesellschaftlichem, geschäftlichem oder politischem Terror der Rechtskreise steht und zur Wahlurne gehen muß, gebe einen Wahlumschlag ohne Stimmzettel ab. Nur dann wird die Stimme nicht mitgezählt. Die Auffassung, daß ein ungültig gemachter Stimmzettel ebenfalls nicht zählt, ist falsch. Auch ungültig gemachte Stimmzettel verhelfen den Anhängern des Volksentscheids zu der notwendigen Beteiligung von 50 Prozent der Wähler.

Geschäftsleute, Bauern oder Landarbeiter, die zur Beteiligung gezwungen werden, aber gegen den Volksentscheid sind, müssen einen Wahlumschlag ohne Stimmzettel abgeben.

Alle Freunde der Eisernen Front in Stadt und Land müssen mit allen Kräften für die Bekanntmachung dieser Maßnahmen sorgen.

Blutige Kämpfe in Nordböhmen Sechs Arbeiter von Gendarmen erschossen

B. Prag, 13. April. (Via. Draht.) In Nordböhmen kam es am Mittwoch an mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Sechs Arbeiter wurden getötet. Heber das ganze Kohlengebiet war für Mittwoch der Generalstreik für alle Industriebetriebe angekündigt. Vormittags kam es bereits zu Zusammenstößen in Oberleutendorf. Mehrere Streikende wurden verwundet. Um 5 Uhr nachmittags erschienen in Práez etwa 2000 Arbeiter aus den Nachbarorten, die, wie der amtliche Bericht besagt, die Gendarmen angriffen. Die Gendarmen gab deshalb eine Gewehrpatrone ab. Zwei Demonstranten wurden auf der Stelle erschossen, fünf schwer verwundet. In Górkau kam es ebenfalls zu einem heftigen Zusammenstoß. Hier Demonstranten wurden getötet. Es sollen auch 45 Gendarmen und zwei Gemeindepolizisten verwundet sein.

In ganz Nordböhmen herrscht große Aufregung.

Nun ist sie da,

die 3 1/3 Pfg.-Zigarette der Bulgaria.

Wir haben im stillen daran gearbeitet, in dieser Preislage eine Zigarette zu schaffen, besser als alle anderen und würdig den übrigen Sorten der Bulgaria.

Jetzt wissen Sie, welche 3 1/3 Pfg.-Zigarette für Sie in Frage kommt.

Jetzt haben Sie auch für 3 1/3 Pfg. den Genuß höchster Qualität.

BULGARIA SPORT die 3 1/3
6 Zigaretten 20 Pfg. der Bulgaria mit Sport-Photos



Sachsen

Protest an Groener Gegen Naziterror

Die Chemnitzer Volkszeitung berichtet am 9. April: In den letzten Wochen verging nahezu kein Tag, an dem nicht von Terroristen der Nationalsozialisten gegenüber Republikanern morden, misshandeln sie mit Stocken und Schlagringen. Die Nazipartei in Chemnitz hat nach der alten Methode „Solter den Dieb“ an den Reichsinnenminister ein Telegramm geschickt, in dem sie die lächerliche Behauptung aufstellt, zu Tode hätten unter dem Terror von Republikanern zu leiden. Als Antwort auf die demagogische Aktion der Chemnitzer Nazis hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kuhn an den Reichsinnenminister Groener folgendes Telegramm geschickt:

„Telegramm der Nationalsozialisten an den Herrn Reichsinnenminister ist eines ihrer verwerflichen Aufzuchtungsmanöver. In Chemnitz trieb sich die Aufregung von Stunde zu Stunde, Naziführer in Stärke von 30 bis 40 Mann durchziehen Chemnitz und überfallen, besonders in den Abendstunden, planmäßig Republikaner. Entweder hat die Leitung der NSDAP die Gewalt über ihre Leute völlig verloren oder die Überfälle sind ein in sich selbstwiderstrebendes Hin- und Herbewegen mit ihr. Aufhören sind unahls. Reich muß eingreifen.“
Kuhn, W. d. N.“

Vier Monate Gefängnis für Flora Müller

Leipzig, 12. April 1932.

In dem Verleumdungsprozess der Oberin Kugelman gegen die Arbeiterin Flora Müller vor dem Amtsgericht in Leipzig wurde in den letzten beiden Tagen die Hauptverhandlung fortgesetzt. Mit großer Spannung sah man der Vernehmung der Oberin Kugelman entgegen. Es wurde behauptet, die Oberin habe in der Zeit, wo sie noch als Zeitungsredakteurin im „Arbeiter-Wochenblatt“ tätig war, wiederholt mit der Arbeiterin Kugelman in intimen Beziehungen gestanden. Es wurden mehrere Personen genannt, die angeblich in der Wohnung der Oberin Kugelman in der Reichenstraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Es kam in dieser Verhandlung wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsanwalt Dr. Weiler und dem Angeklagten Flora Müller. Dr. Weiler, der die Anklage gegen Flora Müller vertritt, behauptet, sie habe in der Wohnung der Oberin Kugelman in der Reichenstraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Es wurde der Sachverständigen, Obermedizinalrat Dr. Schüp, über den Gesundheitszustand der Arbeiterin Müller vernommen. Er bezeichnete die Müller als eine hysterische Person,

Meilenweit Afche!

Die südamerikanische Vulkankatastrophe - Zehntausende in G.itzgasgefahr - Im Flugzeug über den Krater

Neuport, 12. April. (Via. Draht.)

Durch Flugzeuge wurde festgestellt, daß die Ausbrüche der Vulkan im südamerikanischen Andengebirge nachgelassen haben. Jedes ist der außergewöhnlich heftigen Vulkanstätigkeit eine Serie kleiner Erdstöße gefolgt. Ebenso dauern die Auswürfe von Asche noch an. Aus den Kratern fliehet von Zeit zu Zeit reiche Mengen Asche, die auch die gleichzeitig austretenden Schwefelgase durchdringt. In den Regenbogenfarben schillern. Die die Vulkanen umgebenden Landschaften erscheinen durch den unruhigen Aschenregen wie von einer Aschendecke überzogen. Feuer und Schwefel lauten das Land in manchen Augenblicken in ein magisches Licht. Besonders gilt dies von dem berühmten sonstigen Süden Chiles, der seit je „Schwarzland“ (Schönes Land) heißt, aber seitlich diesen Namen nicht von der Augenblicksüberwindung der Vulkanstöße, sondern von seinem rüchelhaften Wagnisgehalt trägt; kein Unkraut wurde gepflanzt von blühenden Blüten, Gärten und Gärten — heute ist hier alle Fruchtbarkeit vernichtet. . . .

Die Bevölkerung der südwestlichen Andenprovinz befindet sich in größter Gefahr, durch die das Land überziehenden Aschefelder zu erlösen; 80.000 Menschen hausen im Freien. Die Rettungsaktionen können sich wegen des anhaltenden Aschenregens und der durch die Asche völlig verstopften Luft nur mühsam den gefährdeten Städten und Dörfern nähern. Die von der argentinischen Regierung entsandene Hilfsflotte mit Medicamenten und Sauerstoffapparaten sind im Aschensturm festgeblieben. Das Wasser ist in vielen Erdfasern unterirdisch geworden. Ein Wasserversorgungsnetz aus diesem Grunde auch für viele der großen, vollkommen zerstörten Viehherden, für die auch kein Ersatzfutter

beschafft werden kann, bedroht; in wilder Angst rasen die Tiere über die Ziegen.

In der Gegend von Buenos Aires begann sich der Himmel am Mittwoch morgen aufzuklären; später ging jedoch wieder ein wolkenbruchartiger Regen, durch den der angestrichelte Boden noch vergrühter wurde, nieder. Die Regenflut wird von einer Aschenwelle begleitet. Aber aus dem Hauptsturzgebiet fliegen noch zerschlagene Gegenstände. Ausgedehnte Erdbebenstöße mühten sich die ganze Zeit hindurch auf die Erde zu bilden. Sofern die Flieger wegen der Undurchdringlichkeit der zudem von gefährlichen Dämpfen erfüllten Luft wieder umkehrten, geht aus ihren Schilderungen hervor, daß über den meisten Dörfern und Städten im Gebirge dicke Wolken von Afche hängen; die ganze Gegend soll aussehen wie die Hölle. In den Kratern selbst ereignen sich nach den Beobachtungen der Flieger noch fortgesetzt von donnerndem Getöse begleitete Eruptionen.

Mit den Dörfern des westlichen Argentinien sind alle Verbindungen abgebrochen. Ein ausführlicher Bericht liegt aus St. Raphael vor: Aus Angst vor dem Tod im Schwefeldunst verließen die Einwohner ihre Häuser und stürzten aufs Land; in ein Hotel ergoß sich ein Aschenstrom, durch den das Gebäude in Flammen gesetzt wurde; das Hotel brannte ab. Auch in Valparaiso fürchtet die Bevölkerung die Schwefelgase; Rettungsaktionen haben die Stadt noch nicht erreicht. Der Aschenregen ist im übrigen bereits bis nach Salta und Bahia Blanca an der Küste Südamerikas vorgezogen, und Professor Darmann vom astronomischen Observatorium in La Plata hält es sogar nicht für unmöglich, daß ein Teil der Aschenmasse unter besonderen Windverhältnissen bis über den Atlantik vorzudringen vermag.



Die Ruinen der argentinischen Stadt Mendoza, die durch Sulfanausbrüche schon mehrfach heimgesucht wurde.

Vergeudung von Millionen Mark

Der Anflug des Volksentscheids

Ingeret von den Deutschnationalen, beantragt von den Kommunisten, mit hellem Jubel begrüßt von den Nazis und von allen übrigen Reaktionskreisen — das ist der Volksentscheid über die Auflösung des Landtages, der am 17. April zur Abstimmung steht.

Der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Sächsischen Landtages wurde von den Kommunisten am 8. November 1931 bei der Staatskanzlei eingereicht. Als die nach dem Gesetz erforderlichen 1000 Unterschriften von Stimmberechtigten für den Antrag vorgebracht worden waren, setzte die Regierung die Abstimmungsfest für die Einreichung in die Listen für das Volksbegehren auf die Zeit vom 2. bis zum 15. Dezember 19

Dresdner Chronik

Selbstbesinnung

So mancher SPD-Mann
Sucht sich die SPD an
Und senkt vor Scham das Haupt...
Er senkt's in tiefer Wehmut,
Weil ihm der Anblick wehnt
Und murmelt fassungslos und bloß:
Wer hätte dies — wer hätte das —
Wer hätte jemals so etwas... geglaubt...

Sie nennen sich Marxisten
Und handeln wie Faschisten —
Was ist das für ein Krampf? —
Ernst Thälmann ward Vermittler
Und gab die Stimmen Hitler! —
Man frägt sich bloß — wie kam das so?
Oh, SPD. — oh, SPD. —

Die Pleite nennt ihr Klassenkampf?
Ich kann das nicht mehr mittun,
Ich muß den letzten Schritt tun —
Fort von dem braunen Mos-kotau!
Nicht ist die große Masse!
Ich steh' zu meiner Klasse!
Oh' ich zu Kronprinz Wilhelm geh' —
Da geh' ich doch zur SPD!
Ich mache keinen Mos-kotau!

Adjö!
Tut.

Gegen den Volksentscheid!

Der überzeugte Republikaner und Sozialist geht am kommenden Sonntag nicht zum Volksentscheid der nationalsozialistisch-kommunistischen Einheitsfront. Der wirkliche Kampf gegen den Volksentscheid besteht darin, überhaupt nicht zur Wahlurne zu gehen, weil bekanntlich die Anhänger des Volksentscheides eine Beteiligung von mehr als 50 Prozent der Wähler erreichen müssen. Die Auffassung, daß man am wirklichsten die Volksentscheider dadurch bekämpft, daß man einen „Rein“-Stimmzettel abgibt, ist also völlig falsch. Auch die Abgabe eines ungültig gemachten Stimmzettels bedeutet eine indirekte Unterstützung der Volksentscheidsparteien, weil auch ein solcher Stimmzettel dazu beiträgt, mehr als 50 Prozent der Wähler an die Wahlurne zu bringen.

Der aus geschäftlichen oder gesellschaftlichen Gründen am Volksentscheid teilnehmen muß, gibt am besten einen leeren Stimmzettelmuschlag ab.

In der amtlichen Bekanntmachung des sächsischen Gesamtministeriums vom 21. März 1932 heißt es unter 9.: „Abgegebenene leere Umschläge bleiben bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses unberücksichtigt.“

Da über all diese Fragen sehr viel Unklarheit in der Wählerschaft besteht, werden alle Zeitungslieferer gebeten, überall darauf hinzuweisen, daß niemand zum Volksentscheid gehen darf, oder wenn er unter dem Terror der Nazis steht, einen leeren Umschlag abgeben muß.

Dresdner Fremdenwerbungspläne

Der Dresdner Verkehrsverein hielt am Mittwoch letzter harter Besprechung und in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden seine Jahresversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden Dr. Schumann erarbeiteten Jahresbericht ist der Fremdenverkehr infolge der katastrophalen Wirtschaftslage fast zu 100 Prozent gesunken. 1931 übernachteten in Dresden nur noch 26.500 Fremde gegenüber 417.883 im Vorjahre.

Nach der Richtspruchung des Jahres- und Reiseberichts und der Entlastung des Vorstandes sprach Direktor Planitz über Pläne für Dresdens Fremdenverkehrsverbesserung und -förderung. Danach muß es Hauptaufgabe sein, Dresden wieder wie vor dem Kriege zum Daueraufenthaltsort für Ausländer zu machen. Ein besonders Augenmerk soll dabei den Auslandsdeutschen zugewendet werden. Die Auslandswerbung soll sich insbesondere auf die Nordstaaten und Südosteuropäer beziehen. Die Reisebüros sollen veranlaßt werden, in ihrem Programm mehr Zeit für Dresden einzusetzen. Der Fremde werde jetzt durch Dresden hindurchgeführt. Von größter Bedeutung für Dresden sei nicht minder der reichsdeutsche und landesdeutsche Verkehr.

Was die beschlossene Fremdenverkehrsverbesserung anlangt, so ist an die Schaffung von Pauschalreisen für den Wochenendaufenthalt und den dreitägigen Aufenthalt in Dresden gedacht. Der Reisende kauft mit dem Pauschalpreis in zwei Preisklassen eingeteilt wird, lediglich Unterkunft und Verpflegung. Darüber hinaus werden dem Gast Gutscheine ausgegeben, die eine Ermäßigung auf den normalen Preis bedeuten. Die Staats- und Privattheater, die KZV, die Oberpostdirektion, die Dampfstraßenbahn-Gesellschaft usw. haben sich sofort bereit erklärt, einen Nachlaß — im allgemeinen von 10 Prozent — auf ihre Preise im Gutscheinheit zu bewilligen. Das Pauschalheft soll zu Anfangsten in Verkehr gebracht werden.

Ein wichtiger Punkt im Arbeitsprogramm ist auch die Werbung für Kongresse. Weiter wird der Frage der Sonntags- und Gesellschaftsreisen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dann wird an die ständige Einrichtung von Wintertagen im Frühjahr und Erntetagen im Herbst gedacht. Festspielwochen, Musikwochen usw. werden als selbstverständlich betrachtet, als wichtig aber auch Massenveranstaltungen, wie Sängervereine, Länderspiele, gehalten.

Zum Schluß beschäftigte sich der Vortragende mit der Ausgestaltung des Dresdner Verkehrsvereins. Die Mitgliederwerbung — der Verein zählt ungefähr 700 Mitglieder, eine ungewöhnlich niedrige Zahl, hat doch z. B. der Verkehrsverein in Bittau fast 1000 Mitglieder — soll nun systematisch organisiert und geleitet werden.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß der Verkehr durch die Bahnkontrolle und die Eisenbahnverkehrsbehörden außerordentlich erschwert wird. Lediglich wurde auch über die Leertagezeiten für die Sammlungen sowie über die Benachteiligung Dresdens im Eisenbahnverkehr geredet.

Die Nazifeldzeugmeisterei geräumt

Etwa 1000 und die SS. schleppen weg, was nur möglich ist

Das Verbot der Hittlerischen Privatarmee hat auch zu den entsprechenden Maßnahmen in Dresden geführt. Gestern abend wurde die sogenannte

Feldzeugmeisterei der NSDAP auf dem Ferdinandplatz von der Polizei geschlossen.

Werdings hatten die Nationalsozialisten von dieser Absicht bereits vorher Kenntnis erhalten, denn es war bereits in etwa 10 Autos ein großer Teil der Uniformstücke, Ausrüstungsgegenstände, Bücher und Papiere fortgeschafft worden. Trotzdem konnte die Polizei noch einen Teil der in der Feldzeugmeisterei liegenden Waren beschlagnahmen, die in zwei Lastkraftwagen weggeschafft wurden. Einige Nummern der Kraftwagen, mit denen die Waren von den Nationalsozialisten abtransportiert worden waren, sind der Polizei bekannt geworden.

Von Augenzeugen wird uns mitgeteilt, daß gestern nachmittag gegen 6 Uhr die Kraftfahrstraße II 10880 vor der Nazifeldzeugmeisterei auf dem Ferdinandplatz stand.

SS-Leute schafften in großer Eile gelbe Uniformstücke, Bücherlisten und Schachteln in die Droschke,

die 6.10 Uhr vom Ferdinandplatz wegfuhr. Weiter wurde nach 6 Uhr vor dem Grundstück Waisenhausstraße 88 eine Kraftfahrstraße II 13288 gesehen, in der Riemengürtel, Lederkoppel und andere Ausrüstungsgegenstände lagen, die von Leuten in gelben Hosen ins Auto getragen wurden. Passanten, die das beobachtet hatten, begaben sich sofort zu dem Polizeikommando, das auf dem Ferdinandplatz mit der Räumung der Feldzeugmeisterei beschäftigt war, und meldeten es. Sie wurden daraufhin von SS-Leuten selbst und bedroht, so daß die Polizei zu Namensfeststellungen schreiten mußte.

In den Abendstunden verkaufte die NSDAP für 10 Pf. ein Extrablatt (warum soll das Verbot nicht zu Geld gemacht werden?), mit dem sie das Verbot der SA und der SS meldete. In verzerrter Form wird darin zum Ausdruck gebracht, daß sich die Aktion gegen die Wahlpropaganda der Nazis richte. Es sei insbesondere unerhört, daß nur die Hilfsorganisationen der Oppositionsparteien verboten worden seien, daß man dagegen die

Eiserne Front, die zugegebenermaßen Putschabsichten hegte, weiter bestehen läßt. Schließlich werden die SA- und die SS-Leute aufgefodert, besonnen zu bleiben.

Die Nazis machen sich ja nur lächerlich, wenn sie sagen, die Eiserne Front hätte putzchen wollen. Die Herrschaften denken dabei wohl an ihre eigenen

Putschabsichten in der Nacht nach dem ersten Präsidentenwahlgang

Wenn endlich die Reichsregierung gegen das politische Mandat der Nationalsozialisten durchgreift, dann entspricht das einem längst gehegten Wunsch der friedliebenden Bevölkerung, die noch immer nach dem Ausgang der Präsidentenwahl die weitestgehende Wehrhaftigkeit unseres Volkes darstellt.

Wie wir weiter hören, sind die von den Nationalsozialisten noch rechtzeitig vor dem Eingreifen der Polizei fortgeschafften Ausrüstungsgegenstände für die SA- und SS-Truppen außer nach der Waisenhausstraße nach einem anderen Gebäude im Innern der Stadt geschafft worden.

Der Polizei ist dieser neue Stapelraum ebenfalls bekannt geworden,

so daß anzunehmen ist, daß rechtzeitig die Sicherstellung auch dieses Teiles der fortgeschafften Gegenstände erfolgen konnte.

Außerdem ist die Feststellung interessant, daß in der vergangenen Nacht ein ehemals thüringischer Prinz, der aktiv in der NSDAP und der SA tätig ist, in Dresden anlangte und Material in einem Grundstück an der Wiener Straße bei einem bekannten Dresdner Einwohner versteckte. Der Polizei ist auch diese Tatsache bekannt geworden, so daß sie hoffentlich rechtzeitig eingegriffen hat.

Bausuchung auf der Landhausstraße

Heute vormittag wurde bei der sogenannten Deutschen Buchhandlung in der Landhausstraße eine Bausuchung von der Polizei durchgeführt. Es wurden große Mengen Material beschlagnahmt.

Wie sich Nazi-Rowdys benahmen

Wie frisch die SA-Morden der Nazis auftraten, und daß es höchste Zeit mit dem Verbot wurde, bewies folgender Vorfall, der sich am gestrigen Mittwochabend am Hauptbahnhof abspielte. Wir erhalten von dem davon Betroffenen folgende Schilderung:

Ich kaufte mir gestern am großen Zeitungstand im Durchgang zur Kuppelhalle des Hauptbahnhofes, etwa fünf Minuten vor 6 Uhr abends die Dresdner Volkszeitung, als hinter mir der Ruf ertönte: „Der kauft die Volkszeitung, das ist 'n Jude!“ Ich hörte den Ausdruck, ließ mich aber gar nicht dabei stören. Darauf erschien plötzlich eine untere SA-Wehrmacht, um mich zu fragen: „Wohin denn keine andere Zeitung, die man lesen kann?“ Im Hintergrunde hargelten einige verleumdende Beschimpfungen über das Dresdner SPD-Organ. Ich sagte darauf jenem Nazi: „Welche Zeitungen ich lese, lasse ich mir von Ihnen nicht vorschreiben. Das geht Sie auch gar nichts an. Im übrigen sind Sie mir staatsbürgerlich und politisch viel zu unreif!“ Daraufhin ertönte aus der mich umgebenden Horde, die aus mindestens 18 bis 20 Mann bestand, milde Drohungen, mich zu verprügeln und mir die Zeitung wegzunehmen. Ich schrie der Horde darauf entgegen: „Von Ihnen lasse ich mich noch lange nicht ins Vorhagen legen!“ Es erhob sich nun ein Einmündergeräusch, bei dem ich den sonderbaren Herrschaften immer wieder recht laut Harm machte, daß ich mit von ihnen weder etwas vorschreiben lasse, noch gar Angst hätte. Um ihnen die sicher anzunehmen, ich würde mich in den Schutz eines umliegenden Schutzmannes flüchten, dies zu beweisen, ging ich meines Weges, während die SA-Nazisten mich rechts und links, sowie hinter mich mit ihrem kampfeslustigen Schreien begleiteten, weitere Drohungen und Beschimpfungen ausstießen. Verharbt, die Landhausstraße, kam der weitere Trupp zum Stehen. Man forderte mich auf, meine Behauptung von der politischen und staatsbürgerlichen Unreife zu beweisen, worauf ich erwiderte, daß dies bereits durch ihr eigenes Tun und Handeln geschehe, indem sie mich zu 20 Mann umstellten und mich bedrohten und belästigten, eine zahlreiche Schaar gegen einen einzigen. Unterwegs hatte man mich noch die für die politisch-staatsbürgerliche Unreife der Nazis beweiskräftige Frage gestellt, warum sie denn nicht an die Macht könnten, worauf ich nur entgegnete: „Dazu gibt Ihnen ja das demokratische Regime Gelegenheit, aber die Mehrheit des Volkes will Sie nicht!“, was mit Hohngelächter

abgegolten wurde. — Als das Gerede kein Ende nehmen wollte, fragte ich: „Ich möchte wissen, was diese unproduktiven Diskussionen auf der Straße sollen? Fort, wo es am Platz war, im Reichstag, zu reden, sind Sie zu 107 Mann rausgelassen. Wieder wurden Aufforderungen laut, mich zu verprügeln, mir meine Volkszeitung wegzunehmen und dergleichen mehr. Einer stellte sich schließlich dicht vor mich hin, mir ins Gesicht schreitend: „Lins werdet Ihr schon noch kennenlernen!“ Nicht leiser brüllte ich ihn an: „Guch kennen wir längst!“ Man ließ nun von mir ab, ich setzte meinen Weg fort und wurde nach einer Minute erneut darüber belehrt, wie es um die geistige Beschaffenheit der sittlichen Erneuerer Deutschlands bestellt ist, als aus der Ferne der schmetterlingaufschreckende Schrei durch die Abendstille schmetterte: „Deutschland, erwache!“ Dreimal, damit es auch keiner verschafft!

Verurteilte Nazischläger

Die 2. Strafkammer des Landgerichts Dresden verhandelte als Berufungsinstanz in einer Strafsache, in der vier Nationalsozialisten aus Reihen der gemeinsamen Kuiperberiehung (einer auch des Waffennitgebrauchs) beschuldigt waren. Die Anklage bezog sich auf Vorgänge, die sich in der Nacht zum 13. Juni 1931 auf der Dresdner Straße in Reihen abgespielt hatten. Nach der Darstellung der Nazis wollten sie damals, als sie aus ihrem Versteckort kamen, Mitleidungen von einem Heberfuß auf einen ihrer Genossen erhalten haben, worauf zwei der Angeklagten den von ihnen auf der Straße angetroffenen Fischer Sieber verfolgten und einholten. Sieber hat berichtet, daß er bei dieser Gelegenheit mit Schlägen und Leitern schwer verletzt wurde. Die Nazis wählten sich damals an, den durch sie Gestellten zur Polizei führen zu wollen. Ein ihnen begehrender Polizeibeamter traf Sieber dann auf der Nase blutend an. Die Vorinstanz hat gegen Ende Oktober zu einem Freispruch gekommen. In der zweiten Verhandlung jedoch wurden zwei der Angeklagten, und zwar die miteinander verwandten Arbeiter Ernst Friedemann und Friedrich Friedemann, der gemeinsamen Körperverletzung für schuldig befunden und zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Dresden-Nabeberg-Arnsdorf

Die Sommerfahrpläne des Vortort- und Fernverkehrs

Der am 22. Mai in Kraft tretende Sommerabschnitt des Jahresfahrplanes der Reichsbahn 1932/33 bringt auch für den Vortortverkehr zwischen Dresden und Arnsdorf verschiedene nicht unerhebliche Änderungen. Der bisher 7 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof verkehrende Personenzug nach Baugen wird erst 7.05 Uhr abgefahren (an Arnsdorf 7.55 Uhr). Dagegen verkehrt der nächste Vortortzug, bisher 8.53 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof, wegen der geänderten Verlehrspläne des Görlitzer Schmalspuges eine halbe Stunde zeitiger, also schon 8.23 Uhr; die Ankunft in Arnsdorf erfolgt dann bereits 9.42 Uhr, wobei leider die Übergangszeit der von Langebühl kommenden Reisenden zu dem erst nach 10 Uhr ab Arnsdorf verkehrenden Görlitzer, Jittauer und Kamener Zug stark verlängert wird. Der Mittagzug verkehrt mit einer Abfahrtszeit 13.12 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof 4 Minuten später. Der Görlitzer Abendzug statt 21.27 erst 21.33 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof. Im Gegenlag hierzu wurde der seitler 0.35 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof verkehrende Personenzug nach Baugen/Görlitz auf 0.23 Uhr vorverlegt.

In der Richtung nach Dresden werden drei Vormittagszüge ab Arnsdorf einige Minuten zeitiger gelegt, neue Abfahrtszeiten ab Arnsdorf 7.20, 8.57 und 10.14 Uhr. Der bisher 16.24 Uhr von Arnsdorf abgefallene Vortortzug fährt künftig schon 16.18 Uhr ab; der von Bittau kommende Spätabendzug, bisher 23.45 Uhr ab Arnsdorf, sogar 21 Minuten zeitiger, also 23.24 Uhr. Die letzte tägliche Verbindung nach Dresden liegt also ganz erheblich früher als bisher. Der jetzt 21.42 Uhr von Arnsdorf abfahrende von Baugen kommende Zug wird werktags schon 21.35 Uhr, Sonntags aber erst 22.00 Uhr verkehren (u. a. ab Nabeberg 21.41 oder 22.05 Uhr).

Von den im Fernverkehr der Görlitzer und Jittauer Linie eintretenden Fahrpländeränderungen berühren nur einige des Vortortgebietes zwischen Dresden und Arnsdorf. Der Görlitzer Fernzug, 9.19 ab Dresden-Dauptbahnhof, wird künftig 9.54 Uhr in Nabeberg halten; dafür fällt aber das Halten des nachfolgenden Jittauer Zuges, der überhies 10 Minuten später, also erst 9.51 Uhr ab Dresden-Dauptbahnhof verkehrt, in Nabeberg weg. Rückzüge

von dort müßten also bis Arnsdorf oder Bischofswerda den erst erwähnten Görlitzer Zug benutzen und dann umsteigen. In der Richtungsrichtung nach Dresden wird der 21.02 Uhr ab Görlitz verkehrende Abendzug infolge Fahrpländeränderung zeitiger das Vortortgebiet erreichen; die neuen Abfahrtszeiten ab Arnsdorf und Nabeberg werden dann 23.12 und 23.30 Uhr lauten.

Auf der anschließenden Nebenbahn Arnsdorf-Kamenz fällt im Sommerfahrplan der am Tage nach Sonntagen abgefahrte Frühzug 3.56 Uhr von Arnsdorf nach Kamenz aus. Bei einigen Zügen werden die Abfahrtszeiten ab Arnsdorf etwas später gelegt, sie lauten künftig 10.36, 16.22 und 0.22 Uhr. In der Richtung nach Arnsdorf fährt der Nachmittagszug von Kamenz schon 15.26 Uhr, also 5 Minuten früher, weg und erreicht Arnsdorf schon 16.06 Uhr. 6 Minuten zeitiger verkehrt der Spätabendzug gleicher Richtung, künftig 22.29 Uhr ab Kamenz, 23.07 Uhr an Arnsdorf. Die Verlehrszeiten der übrigen Linien dieser Linie bleiben, von teilweise eintretenden geringfügigen Minutenabweichungen abgesehen, nahezu unverändert.

Wegen des sogenannten Hungermarschs. Wie das Presseamt des Polizeipräsidenten mitteilt, sind die für Freitag, 15. April, auch hier geplanten kommunistischen Demonstrationen, die von der kommunistischen Presse als sogenannter „Hungermarsch“ propagiert werden, verboten worden. Sollte gleichwohl der Versuch gemacht werden, an diesem Tage dem Verbote zuwider zu demonstrieren, so wird gegen die Demonstranten mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt eingeschritten werden.

Die passende Brille
Exakte Sehprüfung u. Anpassung, zeitgem. Preise
Wildstruffer Str. 22, Annenstr. 22, am Sternplatz
Bitten Sie auch Ihre Kasse um Zuweisung an
Diplom-Optiker Hahn

Die Maske vom Gesicht!

4 öffentliche Versammlungen gegen den kommunistischen Klassenverrat

im **Drei-Kaiser-Hof**, Redner: Chefredakteur der Dresdner Volkszeitung **Robert Grätzsch** • im **Reichsbanner**, Dresden-Neustadt, Redner: Stadtverordnetenvorsteher **Clemens Döllitzsch** • im **Volkshaus Dresden-Ost**, Dresden-Striesen, Schanzenauer Straße, Redner: Schriftleiter **Mans Finsterbusch** • im **Gasthof Lauben**, Redner: Landtagsabgeordneter **Oskar Edel**

am Freitag, dem 15. April, abends 7.30 Uhr

Eintritt 30 Pf., Arbeitslose, Rentner und Jugendliche 10 Pf.

J.P.D. Groß-Dresden

Wer hat den Skandal zu fürchten?

Vielleicht interessiert sich der Staatsanwalt für den Fall Bührer

Der Rat zu Dresden hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, dem Ersten der Stadtverordneten auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Dr. Bührer stattzugeben.

Am den Fall Bührer bildet sich mehr und mehr ein Gemeindegut. Die radikalen Sozialparteien — Nationalsozialisten und Kommunisten — in Betracht kommen. Die Nationalsozialisten weil ihnen ihre neuwache Prominentenentwertung in der Gestalt des Herrn Bührer von den ersten Tagen an, nach Bekanntwerden der schlechtesten Politik des Finanzsausschusses, sehr petulisch ist; die Kommunisten, weil sie jede Sache zu einer Dege gegen die Sozialdemokratie umzubiegen versuchen und sich als einzige wahre und rein proletarische Interessenvertretung in empfehlende Erinnerung bringen wollen.

Bei beiden Parteien ist Schwindel der erste Trumpf.

Das Naziblattchen verlor seinen ganzen Jammer darin, daß es meinsamend hat, die Disziplinarverfahren gegen Bührer beantragt hätten und deshalb habe man an ihn das Ansehen gestellt, sich sofort pensionieren zu lassen.

Wie uns bekanntgeworden ist, wurde im Dresdner Rat allerdings eine Ausdrucks darüber geäußert, wie man Herrn Bührer, von dessen schlechtem Ansehen jedermann — höchstens er selbst nicht — überzeugt ist, schnellstens los werden kann. Zu einem praktischen Ergebnis sind diese Erörterungen allerdings nicht gekommen, denn eine Entlassung Dr. Bührers kann im jetzigen Stadium nur mit seiner Zustimmung erfolgen.

Diese Zustimmung hatte anfänglich Dr. Bührer erkennen lassen.

Sie wurde aber später wieder zurückgezogen, wie das ein Schreiben des Bürgermeisters Dr. Bührer an den Oberbürgermeister erkennen läßt. Herr Bührer wendet sich, nach diesem Schreiben zu urteilen, noch ein, daß er durch die sachliche, aber allerdings scharfe Kritik in der Presse in seiner persönlichen Ehre herabgesetzt worden sei, und er faßt ferner noch von einer verletzten „Berufsehre“, weil sich die Stadtverordneten erlaubt haben, wegen

des Millionenhabens, den er der Stadt Dresden durch seine finanzpolitische Unkenntnis zugefügt hat, das Disziplinarverfahren gegen ihn zu beantragen.

Die Tatsache, daß der Rat der Einleitung dieses Disziplinarverfahrens zugestimmt hat, beweist am besten, wie lächerlich solche Empfindsamkeit ist.

Herr Dr. Bührer und auch das Naziblatt tun so, als ob im Laufe des Verfahrens noch andere prominente Personen in die Angelegenheit hineingezogen werden könnten. Es sind also Drohungen, die hier ausgesprochen werden, die aber niemand anders, als höchstens die Kommunisten, die die beschriebliche sofortige Pensionierung Dr. Bührers zu einer Dege gegen die Sozialdemokratie ausnutzen, obwohl ein solcher Schritt ja von ihr gar nicht abhängig ist. Es wird behauptet, daß an Dr. Bührer auf Lebenszeit bis 20. Pension zu zahlen seien. Richtig ist daran nur, daß im Falle der Einleitung der ganzen Angelegenheit diese Ziffer genannt worden ist, daß dieser Plan aber niemals eine endgültige Form angenommen hat. Insbesondere war dabei aber auch noch davon die Rede, daß einwärtiger Einkommensteuerpflichtiger Verdienst — Dr. Bührer hätte geäußert, daß er sich ebenfalls als Rechtsanwalt etablieren will — auf diese Summe angerechnet werden soll und außerdem sollte ein solcher Vergleich nur gelten, soweit nicht der ganze Jahresfall etwa gar noch eine kriminelle Seite bekommen sollte.

Wenn die Kommunisten schon wieder feste dabei sind, von Ruhmhandel und Schandzweck im Bürgermeisterposten zu reden, dann ist das weiter nichts als ein plumper Versuch, die eigenen Anhänger über die politische Unfähigkeit der eigenen Führer zu täuschen.

Herrn Bührers Amtsentzug läuft fortwährend im Herbst nächsten Jahres ab. Er ist pensionfähig. Ob er also jetzt geht oder nächstes Jahr, die Pension muß ihm in der obengenannten Höhe gezahlt werden.

Wenn aber die Nazis samt ihrem Bürgermeisterfinanzgremium in Drohungen ergehen, so möchten wir etwasmal deutlicher werden und vorläufig nur sagen:

Und ist bekannt, daß der ganze Finanzskandal um Dr. Bührer eine beachtliche kriminelle Seite hat. Angesichts des vorliegenden Materials wird es nun wohl unvernünftig sein, daß sich auch die Staatsanwaltschaft dafür interessiert.

Schwarze Chronik

Mit dem Motorrad gegen die Straßenbahn. Ein in Heidenau wohnhafter Motorradfahrer fuhr heute vormittags in der achten Stunde auf seiner Fahrt nachwärts auf Richterener Platz, als er von der Carolalstraße in die Königsallee einbiegen wollte, gegen den zwischen Kurhaus Kleinschadowitz und Hildener verkehrenden Pendlerswagen der Straßenbahn. Der Mann kam zum Sturz. Sein Motorrad blieb in der Fahrgasse der Straßenbahnwege hängen. Jemandes Hilfeleistung alarmierte man die Feuerwehr, die aber bei ihrem Eintreffen nicht erst in Tätigkeit treten brauchte, da es dem Fahrplanmäßigen gelungen war, die Maschine wieder herauszuziehen. Der Motorradfahrer zog sich Verletzungen am Kopf zu und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Rotlaufung eines Schullugens. Der Deutsche Luftfahrerverband (Ordnungsgruppe Dresden) hatte zu Schul- und sonstigen Ausbildungszwecken vor einiger Zeit ein ausgearbeitetes Wehflugzeug aus Leipzig erworben. Mit diesem wurden, wie schon so oft, auch gestern nachmittags Probeflüge ausgeführt. Infolge eines Motorschadens mußte nachmittags nach 8 Uhr der betreffende Führer mit diesem Apparat auf dem früheren Bahndamm Flugplatz landen. Da nun das Flugzeug nach der früheren Auffassung trübte, daß auf seine Herkunft hinweisen, verbreitete sich bald die Nachricht, daß ein aus Leipzig stammendes altes Wehflugzeug notgelandet sei. Dies ist aber nicht der Fall. Der Motorradfahrer wurde auch bald wieder in Ordnung gebracht, so daß der Führer der Maschine nach der auf dem Keller befindlichen Heimstation wieder zu fahren konnte.

Freigeistige Morgenfeier im Trianon am Sonntag, dem 17. April (10½). Das Festreden bei Arbeiterfeiern von überlesenen zum Teil hatten und dem Zeitgeschmack nicht mehr entsprechenden Formen loszukommen, hat zu zahlreichen und erfreulicherweise meist auch erfolgreichen Versuchen geführt, solchen Feiern ein neues Gesicht zu geben. Selbst von der bürgerlichen Presse ist z. B. anerkannt worden, daß im Vorjahre die „Rote Revue“ bei ihrer Aufführung in Dresden durch die Arbeiterfängerstaffel eindrucksvoll und aufträglich gewirkt hat. In der Morgenfeier, die die Reichsarbeitergemeinschaft freigeistiger Verbände, Ortsverband Dresden, am kommenden Sonntag (10½) im Trianon (Volkswohlfahrt) veranstaltet, wird ein ähnlicher Weg beschritten wie in der „Rote Revue“. Es wird — in Kostümen und mit Dekorationen — eine Reihe dramatischer Szenen aus Dichtungen von Goethe, Lessing, Büchtem, Schiller, Büchner, Büchner dargestellt, daneben stehen Einzel- und chorische Sprechstücke, z. T. mit musikalischer Untermauerung. Das Ganze wird in Zusammenhang gebracht durch einen Anfang und durch musikalische Ueberleitungen eines Kriess (Moline, Gell, Klavier). Mitwirkende sind u. a. Gertrud Spalle, Hans Eggert, Heinz Leo Fischer, Theodor Koch, Hans Schwarz, die durch ihre Tätigkeit an Dresdner Bühnen und durch ihre Teilnahme an Veranstaltungen der Arbeiterfängerstaffel in keine Fremden mehr sind. Außerdem sind beschäftigt die Rote Mitten, der Sprecher der Sozialistischen Arbeiterjugend und im musikalischen Teil Arno Fuchs (Violine), Georg Weinholtz (Gitarre) und Fritz Wirth. Anfang ist Paul Kochmann, von dem die einführenden und verbindenden Texte stammen. Der Einzug zu der Feier, für die Karten (50 und 30 Pf.) an der Kasse zu haben sind, beginnt um 10 Uhr; die Veranstaltung ist um 12.30 Uhr zu Ende.

Für Einführung von Sechserkarten auf der Lokalbahn. Heute ist ein auf der diesjährigen Dresdner Verkehrsplanung eingehender Antrag des Verkehrsvereins Neudorf ein. Der Antragsteller begründet seinen Antrag damit, daß der Erwerb einer Sechserkarte (z. B. für die Gesamtstrecke Niederzösch-Neudorf zum Preise von 5,40 M.) weitest den Interessen der Bevölkerung unter den heutigen Verhältnissen und Erwerbsverhältnissen fast unmöglich ist. Die für die größeren Zeitstrecken der Lokalbahn ausgedachten Sechserkarten haben trotz ihrer auf volle zwei Monate bemessenen Gültigkeitsdauer wegen der Höhe des Anschaffungspreises keinen oder nur geringen Wert. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Ausgabe von Sechserkarten mit etwa monatlicher Gültigkeit eine unbedingte Notwendigkeit. Öffentlich erkennen die zuständigen Stellen diese auch an, damit recht bald zur Erleichterung des Verkehrs auf der Lokalbahn — und sicher auch nicht zum Schaden des Verkehrsunternehmens selbst — die erwünschten Sechserkarten aufgelegt werden.

In einer Veranstaltung des Weltfriedensbundes der Mütter und Erziehenden. In der letzten Sitzung des städtischen Weltfriedensbundes, die am 7. April im Saal des städtischen Kulturhauses stattfand, sprach Herr St. St. über „Die Seele des Kindes“. Es ist hier aus dem anregenden Vortrag, der vielerlei Erziehungsfragen aufwarf, nur ein Gedanke herauszuheben. Die sich treibenswillige Kindersprache besaßers zu eigen machen sollten. Genesin St. St. setzte sich mit der Gliederung des Selbstbewußtseins auf dem Schattensfeld auseinander und gab zu bedenken, welche Bemerkung eine Kindererziehung stiften müßte, die in den Mittelpunkt nicht den Willen zum harmonischen, erfüllten Leben, sondern die Behauptung nach einem allzu frühen, gewaltsamen Tode stelle. Tod könne niemals hauptfächlich Erziehungsinhalt sein, einzig höchste Entfaltung des einzelnen im Dienst der Gemeinshaft dürfe zum richtungweisenden Streben werden. — Dem Referat schloß sich eine nachdenkliche Debatte an, die davon zeugte, daß die Worte der Rednerin den anwesenden Frauen in manchen brennenden Erziehungsfragen neue Anknüpfungspunkte hatten. Lebhaftester Beifall war der Dank.

Sorgenfreie Ferien! Billige Erholungsaufenthalte nach Abbazia und Grado an der Adria, Caspale di St. — Gen. — an der italienischen Riviera, Gardone an Gardasee, Merano in Südtirol, Lösserete — Lugano — (Südschweiz), Felden am Zürcher See, Badgastein (Osterrreich), Raxenbad Franzensbad und Karlsbad vermittelt zu günstigen Bedingungen ab Prag und Eger die Hro. Wobensbach. Verlangt ausführliche Prospekte von Frau Elise Wobensbach, Dresden A, Kleine Str. 11, gegen 30 Pf. Vorlaufschluß.

Kreuzer Dresden. Die Anmeldung von Knaben, die Eltern möglichst bald, untlüchlich noch vor Pfingsten, zu bewilligen. Die Knaben müssen an den kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, bis um 12. Uhr, bei Herrn Kreuzermeister Rudolf Wobensbach, im Wobensbachsal, der Kreuzerhalle vorgestellt werden. Aufwärtige (nach vorheriger, rechtzeitiger Anmeldung) am Sonntag 11.30 Uhr. Es können nur im Voraus musikalische Knaben im Alter von 9 bis 10 Jahren, die eine schöne Sopranstimme und gute Schulkenntnisse haben. Es ist erwünscht, auch schon bereit Knaben des dritten Schuljahres vorzustellen, damit die Eltern rechtzeitig einen angemessenen Vorbereitung bereiten können. Die Kreuzermitglieder für die Sänger des Kreuzers sind die bekannten: Die Knaben erhalten in der Kreuzerhalle freie Wohnung, freien Unterricht bis zur Reifeprüfung, in der Hausmusik freie Betätigung, Rekrutierung, arztliche Behandlung, Haber, Bäder u. a. Die Kreuzer haben ebenfalls freien Unterricht, erfahren in der Folge bestimmte Verhältnisse, soweit möglich auch freie Fahrt auf der Kreuzerbahn und Teilnahme an den Kreuzerfahrten.

Kulturkammerung im Trianon. Die im Sinne der Kulturkammerung Adolf Koch, Berlin, arbeitenden „Freien Menschen“ haben für Sonntag, den 30. April, abends 8 Uhr, eine Kulturkammerung nach dem Trianon einberufen. Die Kulturkammerung wird sich in den letzten Jahren hat entwickelt. Überall wurden Kulturkammerungsgelände errichtet. Die „Freien Menschen“ haben in Rittersbach-Dürrensdorf ein Gelände erworben und im Vorjahr ein Unterfunkhaus, das sich zur Uebernahme und zum Ferienaufenthalt gut eignet errichtet. Angesichts dieser Entwicklung ist es angebracht, die Beziehungen der Kulturkammerung zu den wichtigsten Zeitfragen (Arbeit, Wohnung, Jugend, Erziehung, z. B.) aufzuklären. An der Kulturkammerung wirken u. a. mit: die Kulturkammerungsgemeinschaft der „Freien Menschen“ unter Leitung von Herrn St. St., Dr. St. St., Dr. med. St. St., Gertrud Spalle sowie Gegner der Kulturkammerung. Karten werden nur im Vorverkauf und nur gegen Mitgliedsausweis sozialistischer Verbände abgegeben. Den Erwerblosen wird empfohlen, sich sofort billige Karten zu beschaffen. Eintrittspreis: Referierte Plätze 1,20 M.; 75 Pf. Vorverkaufsstellen: Sämtliche Volksbuchhandlungen, Trianon, Kulturkammerungsgelände, Rittersbachstraße, Rittersbach, Marktstraße 4, und den Funktionären der „Freien Menschen“: Hans St. St., Dresden A 19, Bergmannstraße 6, Josef St. St., Dresden A 21, Rittersbachstraße 114, II, Walter St. St., Dresden, Strichstraße 31.

Unter dem Motto „Du und dein Kind“ veranstaltet der Bildungsausschuß des Gruppenverbandes Neustadt der S.P.D. am kommenden Sonntag, nachmittags 10 Uhr, in der Schauburg eine Tagung. Genosse Landtagspräsident Edel wird die Ansprache halten. Außerdem laßt der von uns schon besprochene Tagung „Das geistige Leben“. Wir können unseren Lesern den Besuch dieser Veranstaltung nur empfehlen.

Die 5. Gründungsfeier des Trianon, Schützenplatz, die Martinskapelle im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Unter Mitwirkung der Martinskapelle werden ein Konzert mit vollständigem neuem Programm aufgeführt, das zwischen 10 und 11 Uhr beginnt. Anschließend Tanz. Alle Kameraden der Eisenfront, Parteigenossen, Parteigenossen werden gebeten, an diesem Abend zahlreich zu erscheinen. Eintritt 30 Pf. Einlaß 18.30 Uhr, Beginn 19.30 Uhr.

Polizeibericht

2 Mörder festgenommen. In der Nacht zum 10. März wurde, wie berichtet, ein Raubmord an Dresden in der Nähe der Zerkowstraße von zwei Unbekannten, die er zuvor in einer Kleinstraße festgenommen hatte, überfallen und angegriffen. Am 30. März ergaben sich die Mörder ihrem Opfer nach einer goldenen Uhr mit Perle und andere Wertgegenstände. Am 30. März wurden von der Kriminalpolizei ein 30 Jahre alter Handlungsgehilfe und ein 27 Jahre alter Mechaniker aus Dresden erwischt und festgenommen. Der Mechaniker kommt außerdem noch als Mittäter in einer Vollstreckungsverurteilung in Frage.

Ein Mörder festgenommen. Am 11. April zwischen 11 bis 1 Uhr mittags ein 50 Jahre alter Kapellmeister in einem Straßenbahnwagen der Linie 17 überfallen. Mehrere Verletzungen bemerkt, um den Mörder zu fassen und brachte ihn in die Polizeistation vor dem Albertplatz. Dort ist der Mörder erwischt worden. Der Täter hatte noch einen jungen Mann mit sich, der ebenfalls in der Kramme festgenommen ist. Die Mörder hatten einen Mordplan, der im Endeffekt einen Mordplan runden Brillanten und ein Augenpaar Rubinsteine enthielt. Die Verurteilung der Mörder wird in der nächsten Nummer des Polizeiberichts zu erfahren.

Was hat die Polizei gefangen? Am 7. April wurden im Brand- und Hochhäuser Straße 8 zwei jüngere Männer dabei ertappt, wie sie eine Handtasche mit einer Geldsumme in Höhe von 100 Mark in der Hand führten. Die beiden Männer erklärten sofort die Handtasche als ihre. Die Handtasche wurde ihnen abgenommen und die Geldsumme in Höhe von 100 Mark in der Handtasche gefunden. Die beiden Männer wurden in der Polizeistation festgenommen.

Arbeiter Diebstahl und Einbruch. Einbrecher verhaftet in der Nacht zum 14. April. Ein 30 Jahre alter Arbeiter wurde in der Nacht zum 14. April in der Friedrichstraße 10 festgenommen. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Der Arbeiter wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. In der Nacht zum 11. April ermittelten Einbrecher aus einer Wohnung, Treppenhalle, Garage, welche Zigaretten, ein Jagdrevolver und 3 Leinwandstücke. Die Diebstahlsumme betrug 100 Mark. Die Diebstahlsumme wurde in der Polizeistation festgenommen.

Unter dem Bundschuh

ROMAN AUS DEM BAUERNKRIEGE VON THEODOR MÜGGE



Da hob der Graf den Kopf auf und sah ihn an, und in seinen Augen stand deutlich zu lesen, wen er meinte. Eine dunkle Fuge über seinen Stirn, jenseitig zog er zusammen. „Ich will nicht hoffen“, rief er, „dass Ihr mit dem Namen in Heidelberg gehört habt, Herr Ratsherr; ich wollte ihn von mir schleudern, könnte solch Schimpf davon sein. Ich bin meines gnädigen Herrn, des Erzherzogs Everropt in Weinsberg, und wo ich einen Sendboten oder Gehörten des vertriebenen geächteten Ulrich ertappe, will ich ihn aufhängen lassen, was's auch ein Ritter oder Bürgermann.“ Das sagt allen, Hans Berlin, die je meinen Namen im Aufbruch und Verrat in Verbindung bringen möchten.

Der Ratsherr verbeugte sich und antwortete ohne Verlegenheit: „Fürst mir nicht, unädiger Herr, wenn ich Gehör wiederholte, das in solchen Zeiten wie den jetzigen nicht ausbleiben kann, wo alles, was bisher Recht und Ordnung genannt wurde, schwankend und ungewiß wird.“

So schied sie. Hans Berlin kehrte nach Seibronn zurück, besorgt darin, daß er mit diesen gefährlichen Sachen nicht weiter einfließen dürfe als es sein eigenes Wohl und das der Stadt erforderte. Er sagte mit seiner dankbaren Gemüthsart an seinen Hals und sagte lächelnd: Ich bin vor jeder Torheit bewahrt worden und will mich vor allen nachsichtigen hüten. Mit Wendel Duper will ich nichts mehr zu tun haben; läßt er sich nicht warnen, so mag ihm danach nachsehen. Ich stehe zu Seibronn, jeder vernünftige Mensch wird mich nicht und sein Gesicht bedenken.

Während der Ratsherr mit diesen Entschlüssen der Stadt zuweilen, sah Graf Ludwig bei der schönen Margarete seinen Lohn, den zweijährigen Knaben Maximilian, zu seinen Anken. „Wollte dieser Knabe mich verstehen, so würde ich ihm gesteht, daß er nicht zum zweiten Male kommen darf“, rief der Graf bodenständig lachend. „Es war vergeblich anzufragen! Ulrich in Stuttgart, ich nehme ihm also keineswegs das Wort und weiter das Volk soll Liebe zu mir, und ich will seinen hohen fürstlichen Probst, alanzende Feste im Schloss, all die verächtlichen Herrlichkeiten, wie sie Ulrich hat. Welch heiteres, fröhliches Leben wäre das gewesen.“

„Schön?“ rief Helfenstein. „In den Augen dieser schönen Ratsherrin, der berechnet, wie sich meine Töchter erheben können, wenn ich es flug anfangen. Oder in den Augen eines Weibes, das an Tanz und Tafel und Feste denkt, nicht an ritterliche Ehre und Treue und daß ich Ludwig von Helfenstein bin.“

„Mit Tränen in den Augen sah sie ihre Hand von seiner Schulter; doch in diesem Augenblick war sein Gemüt schon verändert.“ „Bergib mir, Margarete“, rief er und sah sie an. „Du bist es nicht, die mich jenseitig macht. Es ist dieser böser Feind und Krümmerei, der alles nach Vorteil und Ehrgeiz und es mag, mich damit zu verbinden. Es ist wahr, daß ich unzufrieden mit dieser Art von Regiment bin, dich und mich selbst aus diesem allen finsternen Dasein erlösen möchte. Doch sie werden mich bald genug brauchen und aus diesem Pöbel hervorziehen müssen, denn alles ist im Verfall, kein Schloss im Stande, kein Kriegshausen da, kein Feldbauwirth, der ihn führen könnte. Sie müssen mich suchen, und dann will ich der Erste sein in Ehren.“

„Eben iprenge ein Reiter in den Schlosshof und brachte von Stuttgart einen Brief, der die Freundschaft und Bewußtheit verneinerte. Er war von dem Stallhalter gefordert und enthielt die Aufforderung an den Grafen Ludwig, sich sogleich nach Stuttgart zu begeben. Kommt, ich der Stallhalter, unter anädiger Erzherzog und das Land haben Euren Rat und eure Dienste nötig!“

„Ziehst du, meine Margarete!“ rief Helfenstein freudig. „So schnell wird wahr, was ich bedacht. Wohlan denn, nach Stuttgart! Noch ehe der Winter um ist, soll all dein Schmud und Ruh gebraucht werden.“

Nach an demselben Tage trat Graf Ludwig seine Absicht an.

gegen zu stärken. Und endlich erwiderte auch der Tod, an dem Florian Geiger sichere Nachricht empfing, daß der Freibere von Sletten angelangt sei, endlich die Stunde, in der er Hildegard wieder sah, die ihn in dem hohen alten Hause am Zehnhof erwartete.

Sie befand sich allein, ihre Eltern waren bei dem fürstlichen Verwandten, und als sie ihm entgegenkam, fielen alle Schranken von seinem Herzen, lächelte Sonne drang hinein. „Endlich sehe ich Euch wieder“, sagte sie, und ihre Augen ruhten auf ihm mit dem Glanz, der sie unüberwindlich machte. „Alzu lange hat sich unsere Reize verzögert. Wie viel habe ich Euch zu erzählen und von Euch zu hören. Das heißt“, lachte sie fort, „Ihr sollt mir eure Beichte ablegen, denn von mir werdet Ihr wenig erfahren, was Euch wichtig sein möchte. In Zaale wurde es langweilig, als Ihr uns verlassen hattet. Endlich ward mir auch die letzte Unterhaltung entzogen, denn es erschien Freibader, allen Zureden trotzend, aus seiner Höhle in Hirsingen und forderte Euren Schilling von mir zurück. Christine ging zur rechten Zeit; denn wenige Tage nachher schon erwiderte der tapfere Rittmann von Trimbach mit zwanzig Reitern in Eisen und Stahl und verlangte im Namen des hochwürdigsten Domkapitels die Auslieferung des freibadischen Weibsbildes, deren Schuld oder Unschuld in Würzburg unterfucht werden sollte.“

Die Insekten und die Wirtschaft

Die Zahl der Insektenarten übertrifft bei weitem die aller übrigen Thierarten; auch durch die fast unerschöpfliche Mannigfaltigkeit ihrer Lebensweise nehmen die Insekten eine Sonderstellung im Tierreich ein. Ihre zweifache Beziehung zum Menschen führt in der Eintheilung in die beiden großen Gruppen der schädlichen und nützlichen Insekten, nach denen sich auch die Arbeiten der angewandten Entomologie, d. h. Insektenkunde, gliedern. Zur ersten Gruppe werden alle Insekten gezählt, die der Gesundheit des Menschen oder der Wirtschaft schädlich werden, sei es durch Verunreinigung von Kulturpflanzen, von Vorräten, von industriellen Produkten oder durch Schädigung der Nutztiere; zur zweiten solche, die — durch Erzeugung von verwerthbaren Produkten wie Seide, Honig, Wachs, Leder, Farbe, Desinfektionsmittel, oder durch Förderung des Fruchtsergens — dem Menschen entweder direkten Nutzen bringen oder aber indirekten Nutzen, indem sie die Schädlinge vernichten.

Am zu veranschaulichen, um welche ungeheuren Werte es sich in beiden Gruppen handelt, sei einerseits an die Reblaus erinnert, die allein in Frankreich in einem Zeitraum von 15 Jahren mehr als 600 000 Hektar Rebgeleände im Werte von etwa 18 Milliarden Goldmark vernichtet hat, aber an die Wanderheuschrecke, die in manchen Ländern in kürzester Zeit ganze Gärten vernichtet und dadurch große Hungersnöte über die Bevölkerung bringen können, oder an die Malaria-Mücke oder Felsch-Mücke, durch deren krankheitsübertragende Tätigkeit große Landstriche entvölkert und selbst unbewohnbar werden, und andererseits an den Seidenspinner, der dem Menschen jährlich Seide im Werte von 1 bis 2 Milliarden Reichsmark liefert.

Entsprechend der Unterschiedlichkeit der in der angewandten Entomologie zusammengefaßten Gebiete haben sich auch verschiedene wissenschaftliche Arbeitsrichtungen herausgebildet. Die landwirtschaftliche Entomologie beschäftigt sich mit der Erforschung aller an landwirtschaftlichen und gärtnerischen Kulturpflanzen und deren Produkten vorkommenden Schädlinge, die forstliche Entomologie hat die gleiche Aufgabe in bezug auf die Forstpflanzen und Forstprodukte, die medizinische Entomologie beschäftigt alle mit der menschlichen wie der Tiermedizin und hygienischen zusammenhängenden entomologischen Fragen, und die angewandte Insektenkunde befaßt sich hauptsächlich mit dem Studium der verschiedenen Handelsprodukte liefernden Insekten, wie Biene, Seidenspinner, Wachsfliege usw. Das Endziel der Forschung besteht in den ersten drei Gebieten darin, Mittel und Wege zu möglichst wirksamer Vorbeugung oder Bekämpfung einer Lesebeschädigung zu finden, während im zweiten Falle die Arbeiten darauf gerichtet sind, die beim täglichen Leben in Verbindung mit dem Menschen, die Vermehrung und Produktivität zu schaffen.

Mit der Scheidung in verschiedene geschlossene Gebiete ging eine Vertiefung der angewandten Entomologie Hand in Hand. Das physiologische Experiment, feuchtsinnliche Untersuchungen und Beobachtungsstudien stehen heute im Vordergrund. Die Entomologie hat sich zu einer Wissenschaft er-

Der Empfang und die Abfertigung meines Vaters war meine letzte frohe Stunde in Zaale“, fuhr das Fräulein fort. „Eustach brachte den Auftrag meiner Eltern, mich zu ihnen zurückzuleiten, und dort habe ich den Rest meiner Zeit verbracht. Aber es kamen Briefe vom Bischof über einen gewiß vortheilhaften jungen Herrn, der in der ersten Zeit hoch belohnt worden war, dann aber immer mehr Kopfschütteln erregte. Denn man hatte bemerkt, daß er sich nicht sehr eifrig bewies, die hohe Gnade zu verdienen, zu welcher er anserben, vielmehr sich genügt zeigte, mit nichtlebigen Dingen zu verkehren und Neigungen zu entwickeln, welche den üblichsten Vermutungen Raum boten. Es ist doch wahr, daß du der Vertraute des Dompropstes geworden bist, du mit der Partei dich verbunden hast, die der Bischof als seine schlimmsten Widersacher betrachtet?“

„Ich habe mich mit keiner Partei verbunden“, erwiderte Florian, „und weiß eben wenig, warum der Bischof dem Dompropst mißtrauen sollte.“

„Wirklich?“ rief Hildegard. „Der Grund liegt nahe genug. Graf Friedrich schlägt nicht aus der Art seines Geschlechtes. Er ist kalt, starr, ehrgeizig und habgierig, und neben ihm steht sein Bruder, noch schärfer und habgieriger als er selbst. Als mein Onkel vor sechs Jahren zum Bischof gewählt wurde, geschah es gegen alle Anstrengungen der Brandenburger, und seit dieser Zeit haben diese nicht aufgehört, ihre heimlichen Pläne fortzuführen. Sie liebäugeln mit dem neuen Evangelium und stellen den Dompropst als den Messias dar, der mit eisernem Peisen alle die Sünden ausreiben wird, welche jetzt im bischöflichen Saal lagern.“

„Dazu hat er vielleicht die Kraft“, sagte Florian. „Aber du darfst kein Gerücht nicht sein und bist es nicht!“

Fortschung folgt

haben, die nicht nur für die wirtschaftlich und hygienisch interessierten Kreise, sondern auch für die allgemeine Biologie von großer Bedeutung geworden ist. In allen neueren angewandten-entomologischen Arbeiten größerer Stils kommt das Bestreben zum Ausdruck, auch allgemeingültige Gesetze für die verschiedenen Einflüsse auf den Entwicklungsverlauf, die Bevölkerungsabnahme u. a. m. zu finden. Kein Biologe wird in Zukunft mehr an den Forschungsresultaten der angewandten Entomologie schloß vorübergehen können.

Leider aber sind in den einzelnen Zweigen der angewandten Entomologie die Möglichkeiten zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit nicht in gleichem Maße gegeben. Während die forstliche Entomologie und die Kupinsektenkunde über recht gute und umfassende Hilfsmittel verfügen, befindet sich darin die landwirtschaftliche Entomologie noch stark im Hintertreffen. Erst 1931 erschien das erste Lehrbuch auf diesem Gebiet, spezielle Lehrbücher und gut ausgestattete Hochschulinstitute fehlen bis heute in Deutschland gänzlich. Auch für die medizinische Entomologie steht nur an einem einzigen Institut eine ausschließlich dieses Fach bearbeitende Abteilung zur Verfügung. Viele durch die allgemeinen Entomologen veranlaßte Erhebungen restlos für die entomologischen Bestrebungen, denn allerwärts sind die Schädlinge in bedauerlicher Zunahme begriffen. Ihr Fortschritt nur Einhalt geboten werden, wenn die entomologische Forschung in die Lage versetzt wird, der Praxis die brauchbarsten Mittel für einen planmäßigen Abwehrkampf an die Hand zu geben.

Richard Strauß' Ariadne auf Naxos

Neueinführung im Opernhaus

In den zwanzig Jahren, die seit der Uraufführung der Ariadne verstrichen sind, hat sich das Werk nie recht allgemeiner Geltung erfreuen dürfen. Immer waren es nur von Natur aus musikalisch begabte Oberschichten von geringer Breite, denen Strauß' Ariadne als das unvergleichliche Wunderwerk moderner Opernkunst galt und die selten genug ihr Eradben davon finden konnten, daß es, als „zu artistisch“, spöttisch genug im Spielplan der Operntheater aufkaufte. Auch seine Umarbeitung, die eine Verbilligung von anfänglichen Bindungen an ein ursprünglich vorausgehendes Schauspiel energisch vorgenommen hatte, wollte dem Werke seine nachdrückliche Wirkung sichern. Es schien ein Sonderfall nur musikalischer Art sein und bleiben zu wollen.

Da auf einmal, in seiner heutigen Renaissancemachung, sprang über ein höherer Punkt vom Werk zum Publikum, das, hingeworfen von einem ausnehmend grobcharakterigen Verlebensgungstanz, in seiner Gesamtheit dem Ganzen lebhaft zustimmte. Mit dieser Neuentdeckung ist eine Zeit gekommen, die nicht nur unserm Operntheater zum Erlöse gereicht, wenn, mehr noch: sie hat das Werk selbst der Allgemeinheit erobert.

Joseph Wielen hat die Inszenierung betreut. Was er dabei geleistet, ist so leicht nicht zu durchschauen. Er arbeitet mit einfachen Mitteln. Und gerade in ihrer Anwendung offenbart sich der Zauber seiner klaren, wirkungsvollen Szenenbildung. Die Fische an der Spitze seines Meeres, wunderthörenden Orchester, sprühte aus alle Wärme und Helligkeit der überfüllten Musik, sorgsam und mit Meisterhand die schönsten Partien lenkend.

In der Titelpartie hörte man Violetta Ariadne, die mit schönem Stimmklang den hochgeschwungenen Melodienlinien Eintragskraft verleiht. Vattera sang mit edler Stimmgebung den Bacchus. Im Intermezzo der lustigen Gestalten zeichneten sich aus Schöffler, Lange, Ermold und Lehmer. Das Ueberraschende aber war die Zerbinetta Lena Berger. Das Dachten wir uns die Zerbinetta bisher als Dame von Welt, so stand sie diesmal fast als Jungmädchen vor uns. Aber diese Zerbinetta war ein Ausbund an gefanglicher und darstellerischer Kraft. Sie war der überströmend große Erfolg des Abends. Schon, wenn auch nicht immer sehr leuchtend, stand das Komplementzeit Kainat, Polar-Jung im Gleichgewicht, handbewegt und sicher Schöffler, Lange, Ermold und Lehmer als lustige Figuren. Tüngerliches hatte Cleve-Beß mit ihren Helfern geschickt beigeheuert.

Am Schluß wollte der Verfall sein Ende nehmen; immer und immerzu wurden die Darsteller mit Fische und Wielen vor die Kampe gerufen.

Zeitbestimmung. Im Theaterfoyer: „Ich möchte ein paar Straßlinen“, sagt eine Dame zur Verkäuferin. „Bitte sehr, wieviel dürfen es sein?“ „Ja, wie lange dauert denn das Stück heute abend?“ „Mindestens ein halbes Pfund lang.“



Fisch aus dem Sowjetparadies

Täglich berichten neue Meldungen von der Erziehung geflohenen russischer Daurer durch die Grenzposten. Dennoch versuchen immer wieder Flüchtlinge den Dnjepr, den Grenzfluß zwischen Rußland undessarabien zu überqueren, trotzdem ihre ganze Habe in Sowjetrußland zurückließ. — Ein auf der Flucht von russischen Grenzposten erschossener Bauer wird gefunden.

Das junge Deutschland

Jugendnot und Jugendhilfe

Die Arbeit der SAJ.

Eine Million Jugendliche im Reich, davon 90.000 Jugendliche in Sachsen, sind erwerbslos! Jeder 5. Jugendliche in Deutschland hat kein eigenes Geld! Ein warmes Mittagessen ist oft der Wunsch dieser jungen Menschen. Auslos erscheint ihnen das Leben. Vor ihnen kein Lichtblick in eine bessere Zeit, um sie Not und Elend. Die Not treibt sie auf die „Straßen ohne Ende“. Das Leben und Treiben auf ihnen wird von Julius Ehrhardt in dem gleichnamigen Buch — erschienen im Agis-Verlag — meisterhaft beschrieben. Reich, Länder, Gemeinden und, soweit sie in der Lage sind, auch einzelne Organisationen werfen Mittel aus zur Unterstützung von Freizeiten und Heimgemeinschaften für jugendliche Erwerbslose. Damit ist die Möglichkeit gegeben, den unheimlich zum Nichtsein Verurteilten eine gewisse Hilfe in ihrer Not zu bieten. Die Finanznot, aber auch der reaktionäre Jäh der Zeit schränken die Maßnahmen immer mehr ein. Dem Versuch eines Kommunalverbandes über den Aufbau vorübergehender Jugendfürsorgeeinrichtungen fügte ein kommunistisches Blatt nicht ganz mit Recht den Kommentar an: „Denn mit für neue Revolution. Seien wir uns bewußt, daß ungeklärte geistige Sprengstoffkugeln zum Schicksal der Gesellschaft eine beständige Gefahr sind.“ Wir weisen die Vertretung für solches Geschwätz den verantwortungslosen Menschen zu. Um unserer Jugend willen erheben wir immer wieder die Forderung: Helft den jungen Erwerbslosen!

Diese Forderung muß auch die Sozialistische Arbeiterjugend in Rechnung tragen. Ihre finanziellen Mittel reichen nicht aus, um den an sie gestellten Forderungen voll und ganz zu genügen. Was sie zur Verfügung stellen kann, sind Unternehmungen und Feste von Mitarbeitern für die Durchführung der oben erwähnten Veranstaltungen. In Dresden, Lauban, Pirna und anderen Orten Sachsens sind nun mit Erfolg Arbeiterjugend und Heimgemeinschaften durchgeführt worden. Nach Ablauf eines Teiles des Programms kann festgestellt werden, daß die Meinung mancher Kreise, Freizeiten seien für jugendliche Erwerbslose, wenn die Zeit der jugendlichen Erwerbslosen tatsächlich werde (Allgemeine Gewerkschaften, ein großer Teil und darüber hinaus eine nichtbedeutende Beteiligung) zum Nichtsein verurteilt werden. Es wird im folgenden Teil durchgeführte werden und die unter dem Leitgedanken „Jugendfragen der Gegenwart“ und „Jugend und Staat“ ständen, und über drei in Dresden mit dem Thema „Staat, Verfassung, Parteien“ durchgeführte Heimgemeinschaften berichtet.

Jüngst einige Angaben über die zwei Freizeiten! Die erste wurde mit 46, die zweite mit 30 Teilnehmern durchgeführt. 27 bezogen Arbeitslosen, 23 Wohlfahrts-, 8 Arbeiterunterstützung. 14 Teilnehmer kamen zur Unterstützung, davon waren drei ausgeteilt. 24 Teilnehmer waren über ein Jahr arbeitslos, davon je einer 13, 15, 17, 26 Monate, je zwei 14, 21, 27, 30 Monate, je drei 19 Monate, vier 18 Monate, fünf 24 Monate. Die Höhe und Gefahren, die mit diesen Zahlen zusammenhängen, kommen auch in den folgenden Auswertungen der Erwerbslosen zum Ausdruck.

„Ich wohne zu Hause bei meinen Eltern. In derselben Wohnung wohnt noch meine verheiratete Schwester mit ihrem Mann. Zusammen sind wir 9 Personen in drei Räumen, darunter ein Schlafzimmer... 14 Tage unter Gleichgesinnten, 14 Tage allein in einem Bett; das war für mich die Freizeit.“ (20 Jahre, Walter.) „Tafel, ausgemacht, Erbsen für kurze Zeit, Dönnung, Erbsenbrunn, rote Sauce“, das war mir die Freizeit.“ (22 Jahre, Handlungsgehilfe.) „Einmal raus aus dem Erwerbslosenheim, einmal unter Kameraden, eine längere Zeit Not und Freude mit ihnen teilen... Einmal auch ungehemmt teilnehmen an den Schönheiten der winterlichen Natur... Einmal sorglos in den Wald leben, ohne bedacht zu sein auf Essen und Trinken... Es verlor dann meist die Müdigkeit bei der Gemütskur, und eine der schönsten Gelegenheiten war die Waldschlafengelegenheit... Das alles hatte ich erarbeitet; es hat sich alles erfüllt.“ (27 Jahre, Bauarbeiter.)

Nun soll auch mitgeteilt sein, welche Stellung der Jugendliche selbst zur Freizeit als einem Mittel zur Hilfe aus seiner Not einnimmt. Ein Genosse schreibt: „... trotz alledem betrachte ich die Freizeit als ein ganz winziges Heftplättchen auf die hoffende Wunde, die uns durch die Dauerarbeitslosigkeit mit ihren physischen und psychischen Wunden geschlagen wird.“ Ein anderer schreibt: „Dem Jugendlichen wird in seiner trostlosen Lage gezeigt, daß es trotzdem noch Freude hat zu leben...“ (19 Jahre.) „Der Glaube an die Arbeiterbewegung ist das Einzige, was einen vor Verzweiflungslagen bewahrt...“ (19 Jahre, Zimmerer.) „Kommt einmal eine Verbitterung über mich, dann kann ich alles viel leichter

ertragen, wenn ich die Ursachen kenne...“ (20 Jahre, Bergarbeiter.)

Alle jugendlichen Erwerbslosen nahmen regelmäßig an den Veranstaltungen teil, und darüber hinaus leisteten sie, mit dem Wesen der Selbstverwaltung durch ihre Arbeit in den Jugendgruppen vertraut, alle zur Durchführung der Freizeit nötigen Arbeiten. Keiner der Teilnehmer entzog sich einer Aufgabe, die die Gemeinschaft ihm zuwies. Doch Pflichtbewußtsein voraussetzung für Selbstverwaltung ist, wurde von allen klar erkannt; so war die reibungslose Durchführung der Freizeit gewährleistet. Im Sturz des Staates vertraut gemacht, und lebhaft diskutierten sie über die Kritik der Reichsverfassung, die alle die Probleme umfassen, auf die sie im täglichen Leben, bei ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit gestoßen sind.

Die Tagespolitischen Fragen gaben einen weiteren Anlaß, die Stellungnahme der Jugend zum Staat zu behandeln.

Bei dem Thema „Jugendfragen der Gegenwart“ nahm einen breiten Raum die Frage der Arbeitsdienstplicht ein. Trotz allem für und wider und dem Wunsch, recht bald wieder schaffen zu können, konnte sich doch keiner der Jugendlichen positiv dafür aussprechen, da alle viel zu deutlich das Gefühl erkannten, das sich hinter der Arbeitsdienstplicht als „Hilfe für die Jugend“ verbirgt. Einwöchentlich wurde auch das Verhältnis der Geschlechter innerhalb der Jugendbewegung und die Frage der Stellung zwischen Jung und Alt — nicht unberücksichtigt. Morgen wurde als Aufsatz zur Tagesarbeit 1/2 Stunde Sport und Spiel getrieben.

Am Schluß der Freizeit schrieb ein Teilnehmer, der Jugendführer einer Erwerbslosengruppe, in sein Tagebuch: „Die past Tage Freizeit waren für alle Teilnehmer segensreich. Diese wurden angeschlossen aus dem monotonen Einerlei des Alltags, das für Menschen, die, wie ich, mitunter zwei Jahre arbeitslos sind, selbst dann grau aussieht, wenn die Frühjahrsfröhen noch so schön auf den Planeten Erde mit der noch schmerzlichen „Ordnung“ niederfällt. Persönlich fühle ich die Not nicht so sehr, denn ich richte einen Plan, damit mit meinen Vätern, meinen Kameraden, meiner Arbeit als sozialistischer Jugendführer gegen sie auf. Jedoch gerade in dieser Lebenslage gewinne ich Einblick in die Seelenverfassung vieler Jugendlichen, und gerade deshalb erhebe ich für sie die Forderung: Helft den jungen Erwerbslosen!“

Wenn junge Menschen in verzweifelter Lage noch solche Beschlüsse abgeben können, so steht in ihnen ein Lebenswille, der durch die Hilfe aller wachgehalten werden sollte. Diese Beschlüsse sind keine Lippenbekenntnisse. Mit Ernst und Eifer

haben sich bisher alle Teilnehmer mit den auf den Freizeiten zur Aussprache kommenden Fragen beschäftigt. Und allgemein soll festgehalten sein: Alle Anwesenheitslisten und die Sorgenabnahme durch die Freizeit haben den Wunsch der gesunden Jugend nach Beseitigung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte in den Diensten der Gesellschaft nicht schwächen können. Dies sei besonders denen gesagt, die die Beschäftigungslosigkeit der Jugend — mutwillig die Tatsachen übersehend — als selbstgewollte Faulheit ansehen. Die Jugend im allgemeinen hat bewiesen, daß dem nicht so ist; sie setzt sich gegen solche Auffassungen geschloßen zur Wehr.

Die jungen Menschen, die mit in meinen Freizeiten begnügten, erkannte ich als solche, die den festen Willen in sich tragen, in all ihrer Not mangellos zu bleiben. Wo Abgesehen in die Verwirklichung bemerksamer wird, ist es Pflicht der Führer der Freizeiten, durch individuelle Betreuung diese Jugendlichen der Gefahr zu entziehen. Es mag das eine schwere Aufgabe sein, zu erfüllen ist sie aber unbedingt: einmal um des Jugendlichen und zum anderen um der Jugendbewegung willen, die durch ihre Einbeziehung in die Beseitigung der Jugendnot verpflichtet ist.

Immer wieder ist es mir in meiner Jugendfürsorgearbeit vorgekommen, daß die Nichtbeachtung des jungen Menschen, die Verletzung aus dem Arbeitsprozeß ihm die Möglichkeit zur Gestaltung und Durchführung seines Lebensplans raubt und ihn dadurch der Verwirklichung entgegenreißt. So muß ich trotz der Finanznot auf alle Weise versucht werden, an die Jugend heranzukommen. In der Großstadt lassen sich Maßnahmen mancher Art zur Verwirklichung jugendlicher Erwerbsloser durchführen, wenigstens die Erfahrung lehrt, daß die Freizeiten außerhalb der Städte, in Jugendheimen und -berbergen, bessere Möglichkeiten zum Erbringen in die Lebenswelt des jungen Erwerbslosen und zur Befreiung von Hindernissen bieten. Aus Anreuerungen der Jugendlichen selbst — bei den Dresdner Heimgemeinschaften forderten von 81 Teilnehmern 56 die Durchführung außerhalb der Stadt — geht auch hervor, daß sie dem Willewechsel große Bedeutung beimessen.

In den 16 Heimgemeinschaften nachmittags wurden in etwa je 18 Stunden die Themen „Staat, Verfassung, Parteien“ vom historischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet. Allgemeine staatspolitische Fragen, die Stellungnahme zum Parteienkampf, umfängliche Bevölkerungsgruppen in Deutschland (die Juden, Antisemitismus, Nationalsozialismus usw.) wurden in die Betrachtung miteinbezogen. Bei Besprechung der Reichsverfassung leisteten Vorbilder eine wertvolle Hilfe. Es war für die Jugendlichen von Vorteil, daß die theoretischen Erörterungen durch Besuch von Stadtverordnetenversammlungen, Besichtigung der Dresdner Volksgemeinschaft und sozialer Betriebe praktisch unterbaut werden konnten.

Nege Teilnahme herrschte in allen drei Heimgemeinschaften, wohl auch deshalb, weil die Mehrheit der Teilnehmer schon in der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Gewerkschafts- und Reichsbannerjugend mit ähnlichen Fragen vertraut gemacht war. Nach allem dürfen die Veranstalter annehmen, daß ihre Hilfsmittelnahmen für die jugendlichen Erwerbslosen nicht zwecklos sind und die Unterstützung weiter Kreise verdienen. Rudolf Schiller.

Die Radikalisierung der Jugend

Ueber die Entfaltung und die Wandlungen in den Jugendverbänden im Jahre 1931 schreibt Joseph A. Fischer einen sehr interessanten Aufsatz im Jungen Deutschland, Zeitschrift des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Die Ueberblick führt sich auf Zeitschriften und Tagungsberichte der einzelnen Jugendverbände. Als wichtiges und charakteristisches Merkmal wird die weitere Radikalisierung und Radikalisierung der Jugend angegeben.

Die Radikalisierung sei in dreifacher Hinsicht gesehen: Einmal in der Tatsache, daß politisches und wirtschaftliches Geschehen heute im Mittelpunkt des Interesses der Jugend steht, zum anderen darin, daß die Jugend heute nicht mehr politische Bildung als Grundlage selbstverantwortlicher Orientierung suche, sondern Befreiung und Entscheidung fordere, zum letzten darin, daß ein nicht unberücksichtlicher Teil der heutigen Jugend durch Demonstration, propagandistische Arbeit und Kundgebungen aller Art die zur Radikalisierung in das politische Leben einzugreifen suche.

Die Radikalisierung erweise sich vor allem darin, daß die Jugend nicht mehr den Willen zu politischen Auseinandersetzungen habe, sondern viel mehr die Meinung zeige, sich auf bestimmte Forderungen festlegen zu lassen, die dann gewaltsam ohne Diskussion mit Schloß und Faust als alleiniges Heilmittel durchzusetzen sind. Man könne ein organisiertes Machen nicht mehr erwarten. Zu dieser Aktivität gefelle sich eine jugendhafte Freude an Vortritt und Theater und der Glaube an die Ueberzeugungskraft des Redens und des Massenauftretens. Wenn man die Tagungsberichte des Jahres nacheinander durchblättere, so würde es eigenartig, immer die gleichen Bilder zu finden marschierende, einheitlich gekleidete Jungentruppen in geschlossenen, disziplinierten Reihen. Sie halten Gleichschritt, die Fahne an ihrer Spitze, die einmal die rote Fahne des kommenden sozialistischen Staates sei, oder die Parteiensymbolik als Wahlschild des kommenden Dritten Reiches;

ein andermal das Kreuz katholischer oder evangelischer Jugend oder die schwarze Fahne des Widerstandes gegen den Verfall der Welt. Das Stehen und Marschieren in Reich und Glied sei allen Ausdruck ihres höchsten Lebensgefühls, bedeute allen elementares Erlebnis, wie alle wie ein Mensch.

Die Gefahren dieser Radikalisierung werden vom lebendigsten Teil der Jugend mit ungläubiger Intuitivität gesehen und dementsprechend Abwehr geübt. Alle äußerten, daß diese Radikalisierung jedes geistige Leben, jede geistige Entwicklung im jungen Menschen ausschließe, daß sie eine ungeheure seelische und geistige Verarmung bedeute. Denn echte Geistigkeit könne sich nur dort entwickeln, wo von freier Jugend die Dinge universell gesehen würden. Es werden dann Beispiele für den Abwehrkampf verschiedener Verbände gegen diese Radikalisierung angeführt. Interessant ist die Mitteilung, daß die evangelische Jugend in ihrer großen Mehrheit die dem Nationalsozialismus verfallen ist. Im Bund Deutscher Christen wurde die nationalsozialistische Anhängerschaft auf 70 Prozent geschätzt. Einige evangelische Verbände, wie die Deutsche Evangelische Pfadfinderschaft, haben ein ausdrückliches Verbot der Zugehörigkeit zu den Nationalsozialisten erlassen. Unter der Parole „Kreuz halten“ fordert ein Führer des Christlichen Vereins junger Männer, der nationalsozialistischen Welle standzuhalten, auch wenn es auf Kosten der Mitgliederzahl gehe.

Ein Notprogramm der Jugendpflege

Auf die politischen und sozialpädagogischen Gefahren eines schematischen Lebens der Jugendpflege, wie es in letzter Zeit immer mehr in Übung gekommen ist, macht der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände in einem Schreiben an das Reichsinnenministerium aufmerksam. Nicht Abbau — sondern Umbau der Jugendpflege wird darin gefordert. Die Vorschläge sind zusammengefaßt in den folgenden Forderungen für ein einheitliches Programm der Jugendhilfe:

1. Die Aufgaben des § 4, 6 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes sind besonders hinsichtlich der erwerbslosen Jugend als Pflichtaufgaben zu behandeln.
2. Die Verpflichtung des § 3 RWG zur blauen Zusammenarbeit muß von allen öffentlichen und freien Trägern der Jugendwohlfahrtspflege erfüllt werden.
3. Der Bestand an Jugendheimen muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Die Bemessung der Gebühren für die Benutzung von Jugendheimen hat nach der verringerten Leistungsfähigkeit der Jugendgruppen zu erfolgen.
4. Heberbüchliche und zentrale Lehrgänge von öffentlichen Trägern der Jugendpflege sind auf das Notwendigste zu beschränken.
5. Zur Sicherung der Arbeitskraft erwerbstätiger Jugendlichen ist die gesetzliche Regelung eines ausreichenden Arbeitsschutzes durchzuführen. Die Grundlage für diese gesetzliche Regelung geben die vom Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände seit Jahren erlassenen Forderungen nach Verkürzung der Nacht- und Sonntagsarbeit Jugendlichen, Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, nach Wochenend- und Urlaubsurlaub und ausreichendem, bezahltem Urlaub für alle Jugendlichen.

Diese Forderungen verdienen unsere weitestgehende Unterstützung. Wo wir können, müssen wir zu ihrer Verwirklichung beitragen. Das wird vor allem möglich sein bei der Herstellung einer engen Zusammenarbeit der Träger der Jugendpflege und bei der Aufrechterhaltung bestehender Jugendheime.



Fußgängerwoche in Berlin

Die Reichshauptstadt steht im Zeichen einer Fußgängerwoche, die von der Polizei, von den Schulen und allen Verkehrsverbänden gefördert wird. Die ständig zunehmenden Gefahren des Großstadterverkehrs zwingen nicht nur die Führer von Fußgängergruppen, sondern auch den Fußgänger zur Einhaltung einer strengen Disziplin und zur Beachtung der Verkehrsverordnungen. — Verkehrsunterricht in einer Berliner Gemeindeschule.